

Diplomarbeit

Titel der Magisterarbeit

Beitritt der Türkei zur EU
aus der Sicht der MigrantInnen

Verfasser

Cengiz AKSOY

Angestrebter akademischer Grad
Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, November 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 300/295
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Politikwissenschaft/Fächerkombination
Betreuer:	Herr. Univ.-Doz. Dr. John Bunzl

INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungszeichnis	4
Abbildungsverzeichnis	5
EINLEITUNG	6
1.1 FRAGESTELLUNG	7
1.2 Gliederung und methodische Vorgangsweise der Arbeit	8
2 MIGRATION	9
2.1 Theorien von Migration: Push-and-Pull-Modell	9
2.1.1 Pusch- Faktoren:	10
2.1.2 Pull –Faktoren	10
2.2 Aspekte der Migration	10
2.3 Auswanderungsgründe	11
2.3.1 Migranten-Netzwerke	12
2.3.2 Angestrebte Ziele von Migranten	13
3 INTEGRATION - ASSIMILATION	14
3.1 Arten von Integration	17
3.1.1 Egalisierende Integration	17
3.1.2 Transnationale Integration	17
3.1.3 Protektive Integration	18
3.1.4 Affirmative Integration	18
4 MIGRATION IN ÖSTERREICH	21
4.1 Migrationsrecht in Österreich	23
4.2 Zweite und dritte Generation von Migranten	23
4.2.1 Lebenssituation der in Österreich geborenen zweiten & dritten Generation	24
4.2.2 Benachteiligungen von Personen mit Migrationshintergrund	26
4.2.3 Auswirkungen auf die Sozialarbeit	28
5 MIGRATIONSGESCHICHTE DER TÜRKISCHEN ZUWANDERER	30
5.1 Österreich-türkische Beziehungen in ihrer medialen Reflexion	31
6 DIE HALTUNG DER ÖSTERREICHISCHEN PARTEIEN ZUM EU – BEITRITT DER TÜRKEI	32
6.1 Sozialdemokratische Partei Österreichs	34

6.2	Österreichische Volkspartei	38
6.2	Freiheitliche Partei Österreichs	39
6.3	Die Grünen	40
6.5	Bündnis Zukunft Österreich	42
6.6	Resümee: Umgang der politischen Parteien mit der EU-Türkei-Thematik	43
6.7	Meinung der österreichischen Bevölkerung	46
6.8	Wie steht die Türkei zu einem möglichen EU-Beitritt ?	47
7	STANDPUNKT DER TÜRKISCHEN MIGRANTEN	47
7.1	Wahl-KAMPF	52
7.1.1	Wiener Bezirke - Kandidaten mit Migrationshintergrund	52
7.1.2	Wie wählen Personen mit Migrationshintergrund?	53
8	KANN DIE TÜRKEI ZU EUROPA GEHÖREN?	54
8.1	Die europäischen Werte	54
8.2	Die geographische Grenze zwischen Europa und Türkei	56
8.3	Pro und contra: Argumente für und gegen einen EU-Beitritt der Türkei	57
8.3.1	Argumente der Gegner	57
8.3.2	Argumente der Befürworter	59
8.4	Als Modell für andere Länder im Nahen und Mittleren Osten	60
9	DIE FORTSCHRITTE DER TÜRKEI AUF DEM WEG ZUM EU-BEITRITT	61
9.1	Gesamtbewertung der EU	69
10	ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK	73
11	LITERATURVERZEICHNIS	75
11.1	ANSPRACHE / KOMMISSIONSBERICHTE / STATISTIKEN	75
11.2	INTERNETQUELLEN	76
12	ANHANG	82
12.1	ONLINE MEINUNGSUMFRAGEBOGEN	82
12.2	ANHANG 2 – Integrationspolitik im Europavergleich	93
13	ABSTRACT	95

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
Art.	Artikel
Bzw.	beziehungsweise
EP	Europäische Parlament
EFTA	European Free Trade Association
EU	Europäische Union (European Union)
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	Europäischer Unionsvertrag
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
KKTC	Türkische Republik Nordzypern
NATO	North Atlantic Treaty Organization
T.C	Türkische Republik
OEEC	Organisation for European Economic Co-operation
Vgl.	vergleiche

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Wie würden Sie Ihre Identität...beschreiben?	48
Abb. 2: Womit assoziieren sie Europa?	49
Abb. 3: Sind Sie persönlich für oder gegen den EU-Beitritt der EU?	50
Abb. 4: Würde eine Vollmitgliedschaft der Türkei etwaige Änderungen für türkische Migranten mit sich bringen?	51
Abb. 5: grenze zwischen EU-Türkei	56
Abb. 6 :Verhandlungsstand	70
Abb. 7: Integrationspolitik im Europavergleich.....	90
Abb. 8 Die Haltung der Österreicher zu einem EU-Beitritt der Türkei	92
Abb. 9: Zuwanderer nach Österreich.....	92

EINLEITUNG

In der meisten Forschung und Politik, welche in Österreich durchgeführt werden, liegt der Fokus auf der näheren Analyse der Identität und Integration von Arbeitsemigranten, die aus wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern nach Österreich kommen um dort ihre Lebens- und Arbeitssituation zu verbessern.

Die Erforschung der Migrationshintergründe vor allem auch Integrationsprobleme wurden sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene jahrelang vernachlässigt. Erst in den letzten Jahren hat sich die europäische Politik dieser Frage angenommen und befasst sich mit der Situation der Drittstaatsangehörigen.

Geplant wird unter anderem die Einrichtung eines europäischen Migrationsnetzwerkes – mit dem Ziel, aktuelle, objektive, verlässliche und vergleichbare Informationen zu Migration und Asyl zu sammeln. Dies geht aus den Arbeiten der Europäischen Kommission hervor.¹ Der Vorschlag der Kommission wurde – mit Änderungen des Europäischen Parlaments und des Rates – im Mai 2008 vom Rat gebilligt.²

Wie aber Österreicher selbst im Inland mit den Folgen der Migration umgehen und worin die Migration und Integrationsprobleme bestehen, ist ein Blickwinkel, der bisher weitgehend vernachlässigt wurde.

Werden in Forschung und Politik durchwegs die Zuwanderungen nach Österreich thematisiert und problematisiert, besteht die Gefahr, dass aufgrund dieser einseitigen Wahrnehmung eine Grenzziehung zwischen Eigenem und Fremdem erfolgt.

¹ http://ec.europa.eu/justice_home/doc_centre/immigration/doc_immigration_intro_de.htm 20.07.2008.

² Amtsblatt der Europäischen Union <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:131:SOM:de:HTML> 25.08.2008.

Durch die Konzentration auf die Zuwanderung im Land werden wichtige Perspektiven vernachlässigt, die einen interkulturellen Dialog begünstigen könnten.

Kaum ein anderes Thema interessiert und diskutiert die Europäische Gesellschaft in einem ähnlichem Ausmaß wie die mögliche EU-Mitgliedschaft der Türkei. Die öffentliche Debatte, als auch der wissenschaftliche Diskurs erfolgen verschiedener Argumentationslinien.

1.1 FRAGESTELLUNG

Die hier vorliegende Arbeit zum Thema „Beitritt der Türkei zur EU aus der Sicht der MigrantInnen“ möchte darauf hinweisen, dass der EU-Beitritt der Türkei und die Situation der türkischen Migranten bis zu einem gewissen Grad das gleiche Schicksal teilen:

Die erste Gemeinsamkeit beruht darin, dass sowohl die Integration der Türkei als auch die der türkischen Migranten einen langen Zeitraum beanspruchen und zweitens bleibt die Frage der Zugehörigkeit zur Europa weiterhin unbeantwortet bzw. führt zu kontroversiellen Diskussionen.

Kernfragen der Untersuchungen lauten somit:

1. Wie stark ist das Ausmaß der Integration der Türken in Österreich?

Aus diesem Grund steht hinter dieser Arbeit das Anliegen, zur Erweiterung Perspektiven beizutragen und ein ganzheitliches Bild zu formen. Dadurch, dass türkische Immigranten die zweitgrößte Ausländergruppe in Österreich darstellen und schon allein aufgrund der Religion kulturelle Differenzen angenommen werden können, soll sich der Perspektivenwechsel auf die Türkei beziehen.

2. Ist die Türkei ein „Teil Europas“?

Der Beitritt der Türkei würde sich aufgrund der Auswirkungen von Faktoren wie Bevölkerungszahl, der Größe des Landes, seiner

geografischen Lage und seinem wirtschaftlichem, sicherheitspolitischen und militärischen Potential von früheren Erweiterungen unterscheiden.³

Daraus ergeben sich folgende **Teilfragen**:

1-a Welches Bild haben türkische Migranten in Österreich?

2-b Wie wird ein möglicher EU-Beitritt der Türkei in Österreich beurteilt?

1.2 Gliederung und methodische Vorgangsweise der Arbeit

In dieser Arbeit soll die Thematik um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und ein eventueller Beitritt der Türkei zur EU diskutiert werden.

Die Darstellung der empirischen Ergebnisse stützt sich vorrangig auf zahlreiche theoretische Ansätze innerhalb der Migrationssoziologie.

Am Anfang steht eine Auseinandersetzung mit den Begriffen Migration, Integration, Assimilation.

Den zweiten Teil gibt einen Überblick über die Migrationsgeschichte der türkischen Zuwanderer in Österreich.

Den dritten Teil beschäftigt sich mit dem Diskurs über den EU- Beitritt der Türkei. Ziel ist es ein möglichst ganzheitliches Bild über die Situation und die Entwicklung der Verhandlungspartner Türkei und EU zu zeichnen, um die Ausgangslage und die Chancen und Risiken einer Aufnahme besser beurteilen zu können. Abschließend sollen kurz die Standpunkte der österreichischen Parteien sowie der österreichischen und türkischen Migranten zum Thema Türkei genauer betrachtet werden.

Es wird um Verständnis gebeten, dass auf eine geschlechtsneutrale Schreibweise verzichtet wurde, um den Lesefluss zu erleichtern.

³ Europäische Kommission (2006a): Empfehlung der Europäischen Kommission zu den Fortschritten der Türkei ,S.25.

1 MIGRATION

Der Begriff der Migration stammt vom lateinischen Wort migrare bzw. migratio und kann mit wandern, wegziehen oder Wanderung übersetzt werden. In den Sozialwissenschaften werden darunter diejenigen Bewegungen von Personen oder Personengruppen verstanden, die einen dauerhaften Wohnortwechsel mit sich bringen.⁴ Annette Treibel schlägt folgende Definition für Migration vor: „Migration ist der auf Dauer angelegte bzw. dauerhaft werdende Wechsel in eine andere Gesellschaft bzw. in eine andere Region von einzelnen oder mehreren Menschen“⁵

Obwohl das Phänomen der Massenmigration nicht neu ist, hat in der letzten Zeit doch eine Veränderung in quantitativer und qualitativer Hinsicht stattgefunden, sodass die heutige Migration als komplexer, diverser und globaler als frühere Wanderungen bezeichnet werden kann.

1.3 Theorien von Migration: Push-and-Pull-Modell

Migranten verlassen nicht ohne wiegende Gründe ihr Heimatland.

„Die Sogtheorie erklärt am Push-and-Pull-Modell das Zustandekommen eines Migrationsdruckes aus dem Gefälle zwischen zwei Ländern. Im Ursprungsland wirken Druckfaktoren wie Arbeitslosigkeit, niedriges Lohnniveau, Armut und das Aufnahmeland bietet Sogfaktoren wie Arbeitsplätze, höhere Gehälter und soziale Sicherheit. Auch beeinflussen die Berichterstattung über das Zielland sowie Erfahrungsaustausch mit bereits Ausgewanderten oder ihren daheim gebliebenen Angehörigen die Wanderungsentscheidung. Letztere Anreize bewirken laut Treibel eine Gruppenmigration“.⁶

⁴ Vgl. Han, 1990, S.7.

⁵ Treibel, 1990, S.21.

⁶ Treibel, 1999:39 http://de.wikipedia.org/wiki/Migrationsforschung#Kennziffern_der_Migrationste 10.06.2007.

1.3.1 Pusch- Faktoren:

Die Menschen dazu bewegen oder dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen, sind Bedingungen am Herkunftsort, die als unerträglich erfahren oder als bedrohlich empfunden werden:

- Soziale Diskriminierung, Arbeitslosigkeit, politische Verfolgung etc.

1.3.2 Pull –Faktoren

Sorgfaktoren entstehen in den Zielländern, indem sie etwas anbieten:

- Einkommen, Arbeit, Sicherheit, Freiheit etc.⁷

Push und Pull Faktoren sind vielfältiger geworden und vermischen sich.

1.4 Aspekte der Migration

Dadurch, dass der Migrationsprozess ein vielschichtiges Phänomen ist, beschäftigen sich die verschiedensten wissenschaftlichen Disziplinen mit der Erforschung von Wanderungsbewegungen. Treibel unterscheidet folgende Aspekte der Migration:

- den räumlichen Aspekt
- den zeitlichen Aspekt
- den Umfang der Migration
- die Wanderungsentscheidung bzw. die Wanderungsursache

Der räumliche Aspekt umfasst die Unterscheidung zwischen Binnenmigration, also der Wanderung innerhalb nationalstaatlicher Grenzen, und der internationalen Wanderung, die über die nationalstaatlichen Grenzen hinausgeht.

Unter die zeitliche Dimension fallen die begrenzte oder temporäre und die dauerhafte oder permanente Wanderung.

⁷Vgl.: Internationale Migration
http://books.google.at/books?id=VdJiKq-D-zoC&pg=PA102&lpg=PA102&dq=Push+and+Pull+Modell&source=web&ots=LgrXM9-02q&sig=Ech9PHXO9eLfZ4ln_676umcjD5k&hl=de&sa=X&oi=book_result&resnum=5&ct=resu
lt#PPA86,M1 10.10.2008

Der Aspekt des Migrationsumfangs teilt sich in Einzel- bzw. Individualwanderung, Gruppen- oder Kollektivwanderung und Massenwanderung.

Hinsichtlich der Wanderungsentscheidung oder der Wanderungsursache unterscheidet Treibel zwischen freiwilliger und erzwungener Wanderung. Die häufigste Form der freiwilligen Wanderung ist die Arbeitsmigration, während die erzwungene Wanderung oder Fluchtmigration u.a. aus politischen, ökonomischen, religiösen oder ethnischen Gründen erfolgt.⁸

Die Migranten treffen sich eine ökonomisch rationale Entscheidung zu und erhoffen sich durch die Migration eine Verbesserung ihrer Lebenssituation.

1.5 Auswanderungsgründe

Noch nie in der Geschichte so viele Menschen ihr Heimatland verlassen wie am Ende des Millenniums⁹, wobei zwei Drittel dieser insgesamt über hundert Millionen Menschen Arbeitsemigranten sind. Diese Zunahme der internationalen Migration kann als Folge von Globalisierungsprozessen verstanden werden. So erhöhen einerseits die technologischen Fortschritte im Verkehrswesen die Mobilität der Menschen, aber auch die modernen Telekommunikationsmöglichkeiten tragen zu einer grenzenlosen Globalisierung bei.¹⁰

Hinsichtlich dessen werden Werte, Konsumanreize und Bilder über Lebensbedingungen in andere Länder übermittelt, was zu einem zusätzlichen Migrationsanreiz führen kann. Außerdem tragen diese leichteren Kommunikationsmöglichkeiten dazu bei, soziale Beziehungen über Grenzen hinweg zu erhalten, womit ein etwaiger Familiennachzug auf begünstigende Umstände stößt.

⁸ Vgl. Treibel, 1990, S. 20.

⁹ Quellen: <http://diepresse.com/home/panorama/welt/413279/index.do>

¹⁰ Vgl. Fais, 1997, S. 63.

Im wirtschaftlichen Bereich bedeutet die Globalisierung eine zunehmende Überwindung der Grenzen des Nationalstaates mit gleichzeitiger Zunahme der Bedeutung und des Einflusses multinationaler Unternehmen. Daraus ergeben sich neue Migrationstypen und eine soziale Klassendifferenzierung, die anschließend vorgestellt werden.¹¹

1.5.1 Migranten-Netzwerke

Die Migranten-Netzwerke reduzieren die Kosten und Risiken weiterer potentieller Migranten in verschiedenster Hinsicht: z.B. im Hinblick auf die direkten Kosten der Migration, die Informationskosten über verschiedenste Bedingungen des Aufnahmelandes wie z.B. Einreisebestimmungen, die Kosten von Wohnungs- und Arbeitssuche, aber auch psychologische Kosten der Anpassung an die neue Umgebung.

Im Zuge seiner Studien zum Transnationalismus¹² legt auch Thomas Faist Wert auf die Verbindung zwischen der Makro- und Mikroebene und nennt die sich ergebende Verknüpfung das relationale Meso¹³-Bindeglied.

Faist verweist darauf, dass soziale Bindungen innerhalb von Familien, Nachbarschaften, Firmen, Migranten-Netzwerken oder symbolischen Gemeinschaften wie religiösen oder ethnischen Organisationen maßgeblich über Mobilität oder Immobilität entscheiden. Durch diese Beziehungen ergeben sich diverse mobilisierbare Ressourcen, die Faist als soziales Kapital bezeichnet.¹⁴ Als soziales Kapital werden hier all diejenigen Ressourcen bezeichnet, die Akteuren erlauben, mit Hilfe sozialer Bindungen innerhalb von Gruppen bzw. Partizipation¹⁵ in Netzwerken ihre individuellen bzw. kollektiven Ziele zu verwirklichen.

¹¹ Vgl. Nuscheler, 2000, S. 23.

¹² Transnationalismus: Der aktive Austausch von Informationen, Geld, Ressourcen, sowie die Interaktion – der reguläre Reiseverkehr und Kommunikation – zwischen mehreren Gesellschaften und Individuen über nationalstaatliche Grenzen hinweg. www-public.rz.uni-duesseldorf.de/~yilmaze/Transnationalismus 15.9.2008.

¹³ Meso: mittlere(r, -s), Mitte.

¹⁴ Vgl. Faist, 1997, S. 69 ff.

¹⁵ Partizipation : Anteil ,Beteiligung Engagement.

Je starke soziale Bindungen sind, je größer ihre Anzahl und je größer ihre Dichte ist, desto größer ist ihr Informations- und Kommunikationspotential.

1.5.2 Angestrebte Ziele von Migranten

Die von den Migranten angestrebten Ziele können sich auf so unterschiedliche Aspekte beziehen wie z.B. die Verbesserung der finanziellen Situation, des sozialen Status oder der Arbeits- und Lebensbedingungen, Abenteuerlust bzw. das Bedürfnis nach Innovation oder größerer Autonomie.

Dieses Wert-Erwartungs-Modell wird von Hartmut Esser noch um einen Aspekt erweitert, der die Relation zwischen dem Migranten und seiner Umwelt stärker beachtet. Sein Ansatz kann aber auch dafür verwendet werden, die Entscheidungsprozesse von Migranten ihr Herkunftsland zu verlassen, zu verdeutlichen. Zusätzlich zu den variablen Werte und Erwartungen fügt er strukturelle Aspekte seitens des Aufnahmelandes hinzu.

Esser unterscheidet also zwischen Barrieren, z.B. materiellen und rechtlichen Beschränkungen oder sozialen Vorurteilen und Diskriminierungen, und Handlungsoportunitäten, also Gelegenheiten und Bedingungen im Aufnahmeland wie z.B. soziale und kulturelle Normen oder politische Regeln, die die Entscheidung für die Migration erschweren bzw. erleichtern.¹⁶

Obwohl in diesem Ansatz, ausgehend von der individuellen, auch die strukturelle Ebene berücksichtigt wird, fehlt doch eine Auseinandersetzung mit den sozialen Bindungen zwischen diesen Stufen, um die ganze Komplexität des Migrationsprozesses erfassen zu können.

¹⁶ Greshoff, R./ Schimank, U.: Hartmut Esser. In: Kaesler, Dirk (Hrsg.): Aktuelle Theorien der Soziologie. 2005, München S.231ff.

2 INTEGRATION - ASSIMILATION

Das Ziel „Integration“ kann auch mit „Chancengleichheit“ und „Gleichberechtigung“ übersetzt werden. In der heutigen Wissens- und Erwerbsgesellschaft heißt das, dass eine gezielte Politik zur Förderung der Teilhabe Zugewanderter an Bildung und an Beschäftigung erforderlich ist. Chancengleichheit herstellen heißt aber auch, dass systematisch Benachteiligungen, Ausgrenzungen und Diskriminierungen Zugewanderter erfasst und bekämpft werden müssen. Das heißt, Realitäten von Einwanderung sind zu gestalten und nicht Sprachregelungen endlos zu diskutieren.

Rainer Bauböck diskutiert¹⁷ den Begriff Integration: Er werde oft verwendet, sei aber nicht unumstritten.

- Er würde Synonym für Assimilation verwendet. Es handle sich nur um das Ersetzen eines Begriffes durch einen anderen. Im alltäglichen, öffentlichen Sprachgebrauch „bedeute Integration aber nichts anderes als einseitige Anpassung der Immigranten an eine hegemoniale Nationalkultur.“

- Das Verständnis von Integration als eine subjektive Leistung der Einwanderer und nicht als Aufgabe des Gastlandes.

- Die Wahrnehmung des Begriffes Integration als Einbahnstrasse vernachlässigt die „Anerkennung der sozialen, kulturellen, ökonomischen oder rechtlichen Bindungen an den Herkunftsstaat und die notwendige Verbesserung der Reintegrationsbedingungen für die Rückwanderer“ - durch eine Fixierung auf Integration.

- Integration im öffentlichen Diskurs würde sich immer auf die sozialen Strukturen und Institutionen der heimischen Mehrheitsbevölkerung

¹⁷ Bauböck 2001: 27ff.

beziehen, wodurch eine Ausblendung des Sachverhaltes erfolge, dass sich Immigranten meistens in lokalen oder auch transnationalen ethnic community¹⁸ ihrer eigenen Herkunftsgruppe integrieren. Dies sind jene Netzwerke, welche die Akkumulation von sozialem Kapital ermöglichen, die von der Mehrheitsgesellschaft oft verwehrt wird.¹⁹

Durch das in der Begriffsfindung konzeptualisierte Verständnis von Integration soll eine Distanzierung von ebendiesen Vorwürfen erfolgen.²⁰

Am Begriff „Niederlassung“ kann nach Bauböck²¹ kritisiert werden, dass moderne Gesellschaften nicht bloß Aggregate von Wohnbevölkerungen sind, sondern ökonomisch und sozial geschichtet, kulturell geprägt und politisch durch Staatsangehörigkeit abgegrenzt, dass also Migrationen mit Niederlassung enden würden.

Um auf die Fragestellung zurückzukommen, die nach der Möglichkeit nach Integration durch den EU -Betritt fragt, sei im Kontext der Diskussion um Assimilierung festgestellt, dass die Erlangung dieser auch möglich sein solle, ohne sich vorher assimilieren zu müssen.

Auf die grundlegende Bedeutung des Begriffes Assimilation wurde schon eingegangen.

Assimilation muss aber nicht per se negativ konnotiert sein. Wenn diese freiwillig passiert, dann nähert sie sich dem Ideal autonom getroffener Entscheidungen des Individuums an. Es kann sich natürlich nur um eine Annäherung handeln, denn selbst wenn staatliche Zwänge entfallen, kann es Beeinflussungen auf der interindividuellen Ebene bzw. solche, die von ethnischen, religiösen, politischen oder anderen sozialen Gruppen ausgehen, geben.

¹⁸ ethnic community : Volksgemeinschaften

¹⁹ Bauböck 2001: 27ff

²⁰ Bauböck 2001: 33

²¹ Bauböck 2001: 28

Freiwillige Assimilierung bedeutet auch, dass Nicht-Assimilation keine ernsthaften Nachteile mit sich bringen solle, wie beispielsweise verminderter Status von Staatsangehörigkeit. Um die Staatsbürgerschaft zu erhalten, gibt es in der Gesetzgebung vieler Staaten verschiedene Integrationsklauseln. Diese fordern ein gewisses Maß an kultureller, sozialer oder politischer Integration oder Anpassung.²²

So stellt sich die Frage, in welchen Bereichen und in welchem Ausmaß Assimilation verlangt wird als Vorbedingung rechtlicher Integration. Assimilation im engeren Sinne (also Anpassung der Sprache und Kultur) spielt mit wenigen Ausnahmen nur im Staatsbürgerschaftsrecht eine Rolle (nicht aber in Rechtsbereichen wie Aufenthalt, Niederlassung, Asyl).

In den Regelungen der meisten Staaten finden sich Voraussetzungen der regulieren Einbürgerung, die assimilationistischen Charakter haben: Erfordernis von Sprachkenntnissen, Klauseln die einer Assimilationserfordernis nahe kommen (beispielsweise in Österreich→ Prüfung des Ausmaßes der Integration des Fremden) oder in vielen Fällen ist die Bedingung für begünstigte Einbürgerung von Kindern und Jugendlichen der Nachweis des Schulbesuches oder Aufwachsens im Inland.²³ Sprachkenntnisse scheinen im Allgemeinen ein wichtiger Indikator für Integration bzw. Assimilation für den Gesetzgeber bzw. die Behörde zu sein. Manchmal werden Integration bzw. Assimilation und Sprachkenntnisse erfordert.²⁴

²² Waldrauch 2001: 446

²³ Waldrauch 2001: 566f.

²⁴ Cinar 1994: 2.

2.1 Arten von Integration

Bauböck führt vier Arten von Integration an:²⁵

2.1.1 Egalisierende Integration

Hier wird eine zunehmende Sicherheit des Rechtsstatus, also eine Angleichung der Rechte an österreichische Staatsbürger postuliert. Es handelt sich um eine Statusprogression von der/dem legalen Neuzuwanderer über den/die auf Dauer niedergelassenen ausländischen „Wohnbürger“ bis zum/zur eingebürgerten Immigranten. So gesehen wäre diese Art rechtlicher Integration schon eine Art Assimilation, weil sie eine stufenweise Angleichung von Ausländer an Inländer zum Ziel hat, mit dem Unterschied dass es eben nicht um subjektiven Identitätswechsel geht.

2.1.2 Transnationale Integration

Hier wird der Gefahr der Verkürzung von Integration auf Assimilation vorgebeugt, die auf dem Gebiet der Rechtsstellung von Immigranten besteht, wenn besondere Interessenslagen und Lebensumstände von derselben vernachlässigt werden, welche eine Differenzierung ihres Rechtsstatus und der daran gekoppelte subjektive Rechte erfordert.

Aus dieser Sicht sollen rechtliche Instrumente der Integration nicht nur die sozialen Bindungen an das Aufnahmeland berücksichtigen, sondern auch jene an die Herkunftsländer (die unterschiedliche Interessen und Optionen im Vergleich zu Inländerinnen implizieren).

Transnationale Integration und egalisierende Integration werden zu einfacher Integration zusammengefasst. Die nächste Stufe ist komplexe Integration, wobei es um zwei Erweiterungen geht, die sich auf Chancengleichheit unter Berücksichtigung von Gruppenzugehörigkeit beziehen.

²⁵ Bauböck 2001: 43ff.

2.1.3 Protektive Integration

Zugehörigkeit zu kulturell (ethnisch, sprachlich, religiös) definierten Gruppen wird als Ursache sozialer Ungleichheit erkannt. Hier knüpfen die rechtlichen Instrumente allerdings nicht an Staatsangehörigkeit an sondern an sozialen Zuschreibungen. Also geht es hier um einen individuellen Schutz vor Diskriminierung (gegen Benachteiligungen aufgrund der Herkunft am Arbeits- und Wohnungsmarkt und im Bildungswesen und Schutz vor rassistisch motivierter Gewalt).²⁶

2.1.4 Affirmative Integration

Es handelt sich um einen gruppenorientierten Ansatz der Anerkennung unterschiedlicher kultureller Bindungen und Bedürfnisse von Einwanderer. Wichtig sind kulturelle Minderheitenrechte auf staatliche Anerkennung und Förderung (Beispielsweise Muttersprachenunterricht, staatliche Anerkennung von Religionsgemeinschaften, Feiertage etc.).

„Die Integration von Einwanderern erschöpft sich daher nicht in deren Zutritt zum Territorium, zum Arbeits- und Wohnungsmarkt, Bildungswesen und politischen System. Bei umfangreicher und kontinuierlicher Immigration kann Integration nur gelingen, wenn sich die aufnehmende Gesellschaft selbst als Einwanderungsland begreift.“²⁷

Integration findet immer noch im Rahmen des Staatlichen statt bzw. auf verschiedenen lokalen Ebenen, deshalb ist es wichtig, auch den Staat und dessen Motive als Akteur im Feld der Integration zu untersuchen. Zwar geben auch Suprastaatliche Verpflichtungen und Bindungen verschiedene Vorgaben, aber die Umsetzung erfolgt immer noch innerhalb der territorialen Grenzen eines Nationalstaates. Allerdings hat Nationalstaatlichkeit im 21. Jahrhundert durch zivilgesellschaftliche Veränderungen eine andere Bedeutung bekommen und es sind die

²⁶ Bauböck 2001: 31.

²⁷ Ebd.

Entscheidungsträger gefordert, sich diesem gesellschaftlichen Wandel anzupassen.

Allgemein kann gesagt werden, dass es zum Thema Integration viele Ansätze gibt, die sich mit den verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen beschäftigen. Dabei geht es um individuelle Integration, oder die Integration von Gruppen, assimilatorische vs. republikanische vs. liberaldemokratische Strategien, Effekte politischer, sozialer oder kultureller.²⁸

Es gibt jedoch auch eine gewisse Konvergenz in den Ansätzen. Die Anerkennung, dass Integration ein zweiseitiger Prozess ist, der eine Adaptierung seitens der Migranten sowie der Institutionen und der Öffentlichkeit im Gastland verlangt, hat sich durchgesetzt.²⁹

Damit Integration erfolgreich sein kann, müsse sie in vier Sphären des Lebens erfolgen: wirtschaftlich, sozial, kulturell und politisch. Als zweiseitiger Prozess betrifft das einerseits die Barrieren frei eine Integration und andererseits die Adaptierung durch die Migranthemen selbst. Wichtig ist es, Integration als heterogenen Prozess zu sehen deswegen, da er auf den oben erwähnten verschiedenen Ebenen stattfindet, verschiedene Akteure beteiligt sind, die je eigene Interessen verfolgen.³⁰

In Österreich ist das Konzept von Integration eng gekoppelt an Definitionen aus dem rechtlichen Bereich:

„Der Nachweis der nachhaltigen Integration erfordert im Übrigen, dass die einbürgerungswillige Person sowohl beschäftigungsrechtlich (z.B. Arbeitserlaubnis, Befreiungsschein) als auch fremdenrechtlich (z.B. unbefristete Niederlassungsbewilligung) eine bis auf weiteres gesicherte

²⁸ Bauböck 2001: 31.

²⁹ Spencer 2006: 3.

³⁰ Spencer 2006: 5f.

Position in Österreich hat und hier persönlich nachhaltig verankert ist³¹ (z.B. Familie lebt mit dem Fremden in Österreich, Kinder besuchen die Schule usw.). In Wien dürfte außerdem das Vorliegen von „fließenden“ Deutschkenntnissen erforderlich sein.“³²

Der Weg der Integration kann durch zwei Hürden blockiert werden die Exklusiv bewirken:

Erstens Barrieren der sozialen Struktur und Kommunikation, zweitens ethnische Trennung und andere.

Sprachen müssen nicht, aber können zu Hindernissen werden.

Sie werden zu Hürden für politische und soziale Integration, wenn Grenzen undurchlässig sind, wenn Immigranten in ihren Gemeinschaften „gefangen“ sind, weil sie von sozialen Positionen ferngehalten werden und weil die Sprache nicht gelernt wird, weil es nicht als Notwendigkeit erachtet wird, mit der Gesellschaft zu kommunizieren. Eine Strategie wäre, Anreize zu schaffen für Mobilität und die Sprache zu lernen.³³

Sprache ist also ein Faktor, der Grenzen schaffen kann, da sich immigrierte Gemeinschaften ihrer oft als Diakritikum³⁴ bedienen. Gemeinsames Können einer nationalen Sprache (Lingua franca) sei unerlässlich für Partizipation in einer öffentlichen Sphäre, wo anonyme Bürger miteinander kommunizieren müssen.

Immigranten, welche die Sprache nicht können, wurden trotzdem von voller Partizipation ausgeschlossen sein, auch wenn sie durch Staatsangehörigkeit formell mit allen Rechten ausgestattet sind.³⁵ Daraus eine Exklusiv von Einbürgerung abzuleiten, würde die Zahl jener Mitglieder in einer Gesellschaft, die Sprachprobleme haben nicht

³¹ Abb.7: Integrationspolitik im Europavergleich
<http://derstandard.at/?url=/?id=3074495> 18.06.2008

³² Waldrauch und Cinar 2003: 265.

³³ Bauböck 1994: 92f.

³⁴ Diakritikum :zusätzliche Zeichen (wie Punkte, Striche, Häkchen oder Kringel)

³⁵ Van Gunsteren 1988 in Bauböck 1994: 99.

verringern, sondern vielleicht vergrößern.³⁶ Jedoch soll aus dieser Feststellung nicht abgeleitet werden, dass ein Zwang zum Erlernen der dominanten Sprache somit zu rechtfertigen wäre, wenn die Maxime der Freiwilligkeit gelten soll.

3 MIGRATION IN ÖSTERREICH

Österreich hat in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts bewusst ausländische Arbeitskräfte ins Land geholt. Diese Anwerberversuche wurden damals von der Wirtschaft - da der Arbeitskräftemangel die wirtschaftliche Dynamik zu bremsen drohte (so zumindest das Argument der Wirtschaft für eine Zuwanderung) - gefordert.

Die Suche nach Arbeit bzw. die Hoffnung auf Verbesserung der wirtschaftlichen Situation durch Beschäftigung in einem anderen Land ist eines der wesentlichen Motive für Wanderung. Den Ausgangspunkt der so genannten Gastarbeiterbewegung kann man in Österreich mit etwa dem Jahre 1962 nennen.³⁷

Vor mehr als 40 Jahren kamen die ersten türkischen Migranten als Arbeitskräfte nach Europa und somit auch nach Österreich.

1964 wurde ein spezielles Abkommen darüber vereinbart, dass türkische Arbeitskräfte je nach Bedarf nur für eine bestimmte Zeit in Österreich arbeiten durften. Mit der Rückkehr in das Herkunftsland hätten auch andere Migranten die Chance erhalten, für eine bestimmte Zeit in Österreich tätig zu werden. Da dies aber für die Industrie mit Kosten verbunden war – denn schließlich wollten sie ihre Arbeitskräfte langfristig behalten und nicht ständig neue Arbeiter einstellen – scheiterte dieses Rotationsmodell.

³⁶ Bauböck 1994: 99.

³⁷ <http://www.zebra.or.at/lexikon/a.html> 12.03.2007

Die Regelung des Aufenthaltes und auch die Zuwanderung erfolgten flexibel auf Grund von Nachfrage und wurden direkt über den Arbeitsmarkt durch die Festlegung von jährlichen Quoten, welche die Sozialpartner vorgaben, geregelt.

Die Weltwirtschaftskrise von 1973 war auch in Österreich spürbar: Die Einwanderung von Arbeitskräften wurde gestoppt und zum ersten Mal wurde versucht, die Zahl der Migranten zu verkleinern. Ein wichtiges Gesetz, das 1975 in Kraft getreten ist und in weiterer Folge mehrmals novelliert wurde, aber im Prinzip in seiner ursprünglichen Fassung nach wie vor besteht. Mit den Novellierungen wurde, insbesondere die Höchstgrenze von möglichen beschäftigten AusländerInnen vermindert. Diese sogenannte Bundeshöchstzahl wurde von zehn auf neun, und jetzt acht Prozent gesenkt.³⁸

Als Konsequenz verließen viele Migranten das Land. Besonders stark davon betroffen waren Arbeiter aus Jugoslawien, während die Zahl der türkischen Staatsbürger in etwa gleich blieb.

In den 80er Jahren nahm die Zahl der Migranten wieder zu und mit Ende des Kalten Krieges kam es zu einem neuen Einwanderungsschub nach Österreich. 1993 wurde das Aufenthaltsgesetz 92 verabschiedet, welches die Vereinbarung der Sozialpartner ersetzte. Somit wurde die Einwanderung durch einen Aufenthaltstitel geregelt. In den letzten Jahren wurde das Aufenthaltsgesetz mehrmals überarbeitet und verschärft. Die wichtigsten Novellierungen waren in den Jahren 1997, 2000, 2002 und 2003. Ziel war zuerst die Einbremsung der Migration und dann die Nullzuwanderung.

³⁸ <http://www.zebra.or.at/lexikon/a.html#AuslbG> 12.03.2007

4.1 Migrationsrecht in Österreich

Das österreichische Migrationsrecht folgt leider keinerlei Gesetzmäßigkeiten, die kurz zusammengefasst werden könnten. Wie in allen EU-Ländern wird zwischen Asyl und Migration unterschieden.

Wie bereits erwähnt, wurde der Aufenthalt zuerst nur über den Zugang zum Arbeitsmarkt geregelt, erst in den 90er Jahren kam dann das Aufenthaltsgesetz hinzu. Dieses wurde mit dem Ziel eingeführt Migration zu begrenzen und es stellte neben dem Zugang zum Arbeitsmarkt eine zweite Barriere für Migranten dar.

Da das Aufenthaltsgesetz und das Ausländerbeschäftigungsgesetz nicht aufeinander abgestimmt waren und sind, kommt es zur paradoxen Situationen. Es gibt Menschen die einen legalen Aufenthaltstitel haben und nicht arbeiten dürfen, genauso Menschen, wenn auch in geringerer Zahl, die arbeiten dürfen, aber keinerlei aufrechten Aufenthaltstitel besitzen.

4.2 Zweite und dritte Generation von Migranten

Früher wurde die Aufenthaltserlaubnis³⁹ für Schüler auch für private Schulen erteilt, seit 2003 können Schüler diese nur bekommen, wenn sie an einer Schule mit Öffentlichkeitsrecht eingeschrieben sind. Die Quotenfreiheit wird dazu genutzt um Kinder und Jugendliche schneller nach Österreich nachzuholen, da unter normalen Umständen auf einen Quotenplatz für eine Niederlassungsbewilligung⁴⁰ relativ lange gewartet werden muss.

Erstens dürfen Jugendliche, die als Schüler oder Student nach Österreich kommen, nicht über der Geringfügigkeitsgrenze verdienen. Somit sind die auch vom Zugang zu einer Lehrstelle ausgeschlossen.

³⁹ Aufenthaltserlaubnis <http://www.salzburg.gv.at/themen/se/bezirke/bh-tamsweg/fremdenrecht-bhta/fremdenrecht-aufenthaltstitel-bhta.htm> 23.10.07

⁴⁰ Niederlassungsbewilligung. Ebd.

Zweitens ist, wie schon weiter oben erwähnt, ein dauerhafter Verbleib in Österreich im Sinne einer Niederlassungsbewilligung nicht vorgesehen. Da aber vor allem Jugendliche als Schüler nach Österreich einreisen und in den meisten Fällen einen dauerhaften Aufenthalt nicht erlangen, ergeben sich für diese Jugendlichen schwierige Situationen, weil sie nicht arbeiten oder sich dauerhaft in Österreich niederlassen dürfen. Der Ausweg ist meistens eine Niederlassungsbewilligung, wo der Umstieg und in späterer Folge auch der geschaffte Umstieg auf diese Art der Niederlassungsbewilligung Probleme mit sich bringen.

Drittens sind auch ältere Jugendliche, die nicht mehr schulpflichtig sind dazu gezwungen in eine öffentliche Schule zu gehen, obwohl oftmals kaum Deutschkenntnisse vorhanden sind. Im Grunde genommen ist es sinnvoll ein öffentliches Schulsystem zu haben, dass allen Kindern und Jugendlichen Zugang zu Bildung ermöglicht, aber gerade für Jugendliche, die ohne Deutschkenntnisse nach Österreich kommen, ist dieses System in Bezug auf Integration unzureichend. Jugendliche sind oftmals überfordert, da sie die Sprache nicht beherrschen und besuchen oftmals eine Schule, die sie nicht besuchen wollen.

4.2.1 Lebenssituation der in Österreich geborenen zweiten & dritten Generation

Oftmals ist der Anteil guter Bildungsmöglichkeiten für migrantenkinder im Gegensatz zu Österreicher sehr gering und liegt bei türkischen Jugendlichen sogar unter jenem von andersstämmigen Zuwanderern.

Die Verantwortlichen dafür tragen die staatlichen Bildungsorgane und Politiker. Gleichzeitig kann man beobachten, dass die Familien, bzw. Eltern die der ersten und auch teilweise der zweiten Generation angehören und rückständigem türkischen Gedankengut und Politik beeinflusst wurden, dieser Spaltungspolitik dienen, indem sie ihre Kinder von Österreichern fernhalten.

Diese Entwicklung bringt Risiken und wird auch eine Gefahr für Kinder der vierten Generation darstellen. Wenn man die Prognosen analysiert,

erhöhen sich die Probleme in den Bereichen der Bildung, Beruf und Allgemeinbildung immer mehr.

Die erste Generation nutzte aufgrund nicht vorhandener Deutschkenntnisse keine deutschsprachigen Medien. Diese Gewohnheit führen sie auch weiterhin : Während diese Generation im Sinne der Verbundenheit zur Kultur ihrer Heimatländer türkischsprachige Fernsehsender ansehen, gewöhnen sich die Kinder und Jungs auch daran und werden beeinflusst, aber sobald sie ihre vier Wände verlassen, finden sie sich in einer anderen Welt, Kultur und Sprache wieder.

Die Konsequenz macht sich in Identitätsproblemen bemerkbar. Von Identitätsproblemen Betroffenen fällt es meist schwer, sich selbst anzunehmen oder sich in ihrer Umwelt zu behaupten. Das können Jugendliche sein mit Eltern aus unterschiedlichen Kulturen und Rassen, oder Menschen aller Altersklassen, die starkem Druck oder Bedrohungen ausgesetzt sind.⁴¹

Natürlich beeinträchtigen diese Probleme sie in den jungen Jahren sehr negativ, aber man muss auch eine andere Dimension des Problems sehen, die durch die Versäumnisse der Politik sowohl in Österreich als auch in der Türkei entstehen.

Das kann folgende Gründe haben:

- dass die österreichische Gesellschaft diesen Jugendlichen mit Vorurteilen begegnet und sie nicht integrieren kann,
- die falsche Integrationspolitik und v. a. keine Chancengleichheit⁴² und
- dass die Tagesgeschehnisse in der Türkei nach Österreich transportiert werden.

Die in Österreich geborene neue Generation stellt in der immer mehr auf Dauer hier bleibenden türkischen Gesellschaft die am heterogensten erscheinende Gruppe dar.

Im Gegensatz zur vorigen Generation besitzt die neue Generation stärker die Identität jener Staaten, in der sie sich befindet, aber gleichzeitig auch

⁴¹ <http://www.lebensberater.at/berat.html> 21.08.2007

⁴² <http://www.gleiche-chancen.at/down/03079Zuwanderer.pdf> 25.07.2008.

die von der ersten und zweiten Generation stammenden kulturell-sozialen Hinterlassenschaften.

Personen der dritten Generation beherrschen im Gegensatz zu den vorigen Generationen die deutsche Sprache. Darüber hinaus sind, obwohl bei den meisten außer deutsche Sprachkenntnisse auch noch andere Fremdsprachkenntnisse vorhanden sind, aufgrund unzureichender Bildung trotzdem Schwierigkeiten zu beobachten. Aufgrund der Sprach-, Integrations- und Bildungsmangels der ersten und zweiten Generationen sitzt die dritte Generation zwischen zwei Stühlen.

4.2.2 Benachteiligungen von Personen mit Migrationshintergrund

Personen mit Migrationshintergrund sind nicht nur am Arbeitsmarkt durch das Ausländerbeschäftigungsgesetz benachteiligt, sondern in diversen anderen Lebensbereichen auch. Ungleichbehandlung begegnen wir in vielen Facetten, in der Arbeitswelt, beim Wohnen, beim Zugang zu politischen Rechten und im Alltag und es kann viele verschiedene tatsächliche oder eben konstruierte gesellschaftliche Gruppen betreffen.⁴³ Die vorliegende Tabelle zeigt Benachteiligungen von Personen mit Migrationshintergrund in den Bereichen Arbeit und Beruf, Wohnen, Schule und Ausbildung auf.⁴⁴

**Benachteiligung von Migranten
gegenüber Österreichern in einigen Lebensbereichen**

	im Bereich Arbeit und Beruf	im Bereich Wohnen	im Bereich Schule und Ausbildung
sehr benachteiligt	12	13	10
ziemlich benachteiligt	22	21	16
wenig benachteiligt	30	25	24
gar nicht benachteiligt	36	41	50
gesamt %	100	100	100

Angaben in Prozent; n=803

Quantitative Umfrage unter in Wien lebenden Migranten, vierteljährlich von März 2000 – August 2003

Quelle: Darstellung nach SORA Institute for Social Research and Analysis
<http://www.gleiche-chancen.at/down/03079Zuwanderer.pdf> 25.07.2008.

⁴³ <http://www.zebra.or.at/lexikon/d.html#diskriminierung> 23.11.2007

⁴⁴ <http://www.gleiche-chancen.at/down/03079Zuwanderer.pdf> 25.07.2008.

Mehr als ein Drittel der Befragten (34%) gibt an, im Bereich Beruf und Arbeit und im Bereich Wohnen sehr bzw. ziemlich benachteiligt zu sein. Über ein Viertel der Befragten (26%) fühlt sich gegenüber Österreichern in der Schule bzw. bei der Ausbildung sehr bzw. ziemlich benachteiligt.⁴⁵

Es fehlt jegliches Antidiskriminierungsgesetz. Die EU-antidiskriminierungsrichtlinien sind hier unzureichend. Damit fehlt ein Rechtsmittel um juristisch gegen Benachteiligungen vorzugehen.

Auch von wesentlichen politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten sind Drittstaatsangehörige ausgeschlossen. Es gibt kein Wahlrecht auf Nationalrats-/Länderebene und auch auf kommunaler Ebene fehlt das Mitbestimmungsrecht.

Wien dient in diesem Punkt als ein Vorzeigemodell: Migranten, die fünf Jahre legal in Wien niedergelassen sind, können ab der nächsten Bezirksvertretungs- und Gemeindewahlratswahl das aktive und das passive Wahlrecht ausüben.

Auch in Betrieben sind Drittstaatsangehörige benachteiligt: In Betrieben haben Migranten kein passives Wahlrecht, das heißt sie können nicht Betriebsrat werden. Auch bei der Arbeiterkammerwahl gibt es kein passives Wahlrecht.

Viele soziale Benachteiligungen resultieren aus dem fehlenden Recht auf politische Mitbestimmung. Migranten werden im politischen Diskurs zu Randgruppen und oft nur im Zusammenhang mit Hetzkampagnen gegen sie erwähnt.

In Österreich haben Drittstaatsangehörige keinen Zugang zum Gemeindewohnbau. Wien dient Österreichweit als Ausnahme: Migranten können Zugang zu Notfallwohnungen haben, wobei es auch hier Einschränkungen gibt: Anspruch auf Notfallwohnungen haben nur jene

⁴⁵ Darstellung nach SORA Institute for Social Research and Analysis 03079 <http://www.gleiche-chancen.at/down/03079Zuwanderer.pdf> 25.07.2008

Migranten, die in sehr schlechten Wohnräumen leben und sich einige Jahre legal in Österreich aufhalten können. Weiters können auch Drittstaatsangehörige - die sich in einer besonderen Notlage oder einer so genannten sozialen Krisensituationen befinden, um eine Notfallwohnung ansuchen.

Auch auf Sozialhilfe, welches als „letztes Auffangnetz“ dient, haben Migranten nicht immer Anspruch. Da die Sozialhilfe ein Ländergesetz ist, gibt es in jedem Bundesland zwar andere Vorschriften, doch eine Gemeinsamkeit ist in jedem Bundesland trotzdem feststellbar: Überall wird in der Gesetzgebung zwischen In- und Ausländern unterschieden. In der Hauptstadt wird die Sozialhilfe in sozialen Härtefällen, an Migranten ausbezahlt, die sich mehr als drei Monate legal in Österreich aufhalten. Dabei ist der Begriff soziale Härtefälle relativ weit gefasst und ein Rechtsanspruch auf Sozialhilfe besteht nicht. Von der Sozialhilfe ausgeschlossen sind Asylwerber.

4.2.3 Auswirkungen auf die Sozialarbeit

Die rechtliche Benachteiligung der Migranten wirkt sich negativ auf die Sozialarbeit. Beim Zugang zu finanziellen Mitteln werden Migranten oftmals benachteiligt. Das erschwert die Zusammenarbeit mit diesen Klienten. Zudem ist die Regelung des legalen Aufenthalts sehr zeitaufwendig, was auch zu Unsicherheiten bei den Migranten führt. Denn davon hängt ab, ob und wie lange sie sich in Österreich aufhalten dürfen.

Diese Angst ist teilweise berechtigt, wird aber manchmal auch bewusst von manchen Politikern bzw. Medien geschürt. Aus diesem Grund ist es auch immer wieder wichtig, diese Klienten zu beruhigen und sie über die tatsächliche Sachlage zu informieren.

Besonders schwierig ist es für Migranten ohne Arbeitsbewilligung. Diese Gruppe der Drittstaatsangehörigen werden in eine Randgruppe gedrängt bzw. von der Gesellschaft ausgeschlossen. Für die Sozialarbeiter ist die Betreuung der Jugendlichen, welche keine Arbeitsbewilligung haben, ist

eine spezielle Herausforderung. Denn es ist sehr schwierig die jungen Leute zu motivieren, Zukunftspläne zu machen und in die Gesellschaft integrieren, wenn sie keine Perspektiven haben, zu arbeiten.

Zu den Hauptaufgaben der Sozialarbeiter, die sehr viel Zeit in Anspruch nehmen, zählen in erster Linie die Klärung der rechtlichen Situation und das Auftreiben der finanziellen Mittel.

Zusätzlich zur rechtlichen Situation und Information ist auch das Wahrnehmen des gesellschaftspolitischen Auftrags den Sozialarbeiter haben, sehr wichtig. Drittstaatsangehörige von politischer Mitbestimmung ausgeschlossen sind, ist es umso unerlässlicher, dass Sozialarbeiter diesen Gruppen eine Möglichkeit gibt, ihre Interessen öffentlich kundgeben zu können.

Es geht aber dabei nicht unbedingt darum, dass der Sozialarbeiter quasi als „Sprachrohr“ auftritt, sondern darum den Migranten die Option zu bieten für sich zu sprechen und sie dabei zu unterstützen und zu ermutigen.⁴⁶

⁴⁶ Vgl. : www.sj-wien.at/hernals/texte/MigrationAsyletc.doc 12.08.2008

5 MIGRATIONSGESCHICHTE DER TÜRKISCHEN ZUWANDERER

Das Türkische Bild der Österreicher hat im Zuge der Geschichte zahlreiche Veränderungen gemacht, bleibt aber in vielen Punkten eher ethnozentristisch.

Die Höhepunkte der Türkenangst in Österreich waren sicherlich die Türkenbelagerungen von Wien in den Jahren 1529 und 1683.

Eine weitere Intensivierung der österreichisch-türkischen Kontakte erfolgte erst wieder 1964 mit dem Vertrag zur Rekrutierung türkischer Arbeitskräfte.

Die Zahl der ausländischen Beschäftigten in Österreich nahm bis zum Jahr 1973 stetig zu, bis schließlich die Phase der Familienzusammenführung einsetzte. Mit der ökonomischen Situation in der Mitte der 70er Jahre erfolgte jedoch ein Anwerbestopp und Mitte der 80er Jahre begann die Zahl der ausländischen Beschäftigten wieder zu steigen.

Seit 1991 gibt es eine gesetzlich festgelegte Obergrenze für ausländische Arbeitnehmer in Österreich.⁴⁷ Im Jahre 2003 waren rund 57 000 türkische Arbeitskräfte in Österreich beschäftigt.⁴⁸ Weiters geht aus der Volkszählung von 2001 hervor, dass rund 127 000 türkische Staatsbürger in Österreich leben. Während beinahe die Hälfte der in Österreich lebenden Ausländer aus Ex- Jugoslawien stammt, stellen die türkischen Staatsbürger mit 18% die zweitgrößte Gruppe dar. Wie es aus einer Studie⁴⁹ vom September 2004 wird den Türken von einem Drittel der Befragten Österreicher der geringste Integrationswille zu geschrieben⁵⁰. Das neue Türkenbild zeigt wie folgt: Aus dem "grausamen" Türken ist in der heutigen Zeit ein "fauler" Türke geworden, der durch Arbeitslosenunterstützung und Kindergeld auf Kosten der geduldgigen

⁴⁷ Vgl. Muradoglu: 1993, S.26f.

⁴⁸ Statistik Austria. Beschäftigung von Ausländischen Arbeitskräften.2004

⁴⁹ IMAS International Report. Die Formel des Zuwandererproblems. Sept. 2004

⁵⁰ IMAS International Report. Die Formel des Zuwandererproblems. Sept. 2004

Österreicher in der Fremde wie ein Pascha lebt⁵¹ und nicht bereit ist sich zu assimilieren. Im Vergleich zu Ex-Jugoslawen und Polen werden die Türken sowohl hinsichtlich ihrer Mentalität, der Bereitschaft sich anzupassen, ihrer Leistungsmotivation und der zugeschriebenen „Fähigkeit zu sozialem Aufstieg“ am Schlechtesten eingestuft.

5.1 Österreich-türkische Beziehungen in ihrer medialen Reflexion

Trotz der großen Zahl der in Österreich lebenden Türken (ca. 117.000 im Jahr 2004)⁵² erscheinen sie vielen Österreichern als fremd oder unvertraut, obwohl sie doch ein integraler Bestandteil der österreichischen Gesellschaft geworden sind.

Paradoxerweise zeigt sich zwischen beiden Staaten eine breite Kluft, obwohl sich Österreich und die Türkei eigentlich aufgrund der in Österreich lebenden Türken und durch die weltweite Vernetzung der Medienlandschaft sowie des Tourismus der Türkei näher gekommen sein müssten.

Kulturelle Annäherungen könnten auch wirtschaftliches Zusammenleben mit sich bringen. Dies ist eine Tatsache, die im Laufe der Handelsgeschichte in verschiedenen Ländern vorgekommen ist und kulturelle Annäherung könnte auch am Beispiel der türkischen Migranten im wirtschaftlichen Sinne positive Effekte haben bzw. dazu viel beitragen.⁵³

Die Wissenslücke wird oft durch Vorurteile, Stereotypen und Klischees gefüllt. Bestehende oder angelernte Emotionen werden in eine Richtung geprägt, die im Extremfall zu einem Feindbild führen kann.

⁵¹ Kocaduru, 1990, S404 f.

⁵² N. N.: Statistik Austria, Bevölkerungsbilanzen. http://www.statistik.at/statistische_uebersichten/deutsch/pdf/kl4t_2cdf - 03.08.2006.

⁵³ <http://www.otw.co.at/otw/index.php/g/print/124> 30.10.2007.

Rund 55.500 türkische Beschäftigte (im Jahr 2006)⁵⁴ in Österreich zahlen Lohnsteuer und Sozialversicherung und tragen somit ihren Teil dazu bei, dass das Pensionssystem in Österreich aufrechterhalten wird.

Die Zahl der beschäftigten Türken in Missverständnisse oder Unwissenheit bzw. Halbwissen prägen aber nicht nur das Verhältnis zwischen Österreich und Türkei, sondern auch die Beziehungen der Türkei zur Europäischen Union. Angesichts der Bestrebungen der Türkei nach Vollmitgliedschaft in der EU gehen die Emotionen hoch reagieren als sei die Europäische Gemeinschaft ein christlicher Club, betrachten die Türkei als ein rückständiges, weniger entwickeltes Land - und lassen dabei die Reformen außer Acht.

6 DIE HALTUNG DER ÖSTERREICHISCHEN PARTEIEN ZUM EU –BEITRITT DER TÜRKEI

Österreicher zählen zu den größten EU-Skeptikern innerhalb der Europäischen Union. Der Grund für das Auseinanderklaffen zwischen der Wahrnehmung der Bevölkerung und den wirtschaftlichen Vergleichszahlen mag in der mangelnden und oft nicht transparenten Kommunikation über Europa von politischen Entscheidungsträgern mit den Bürgern liegen. Die EU wird nach wie vor oft als Sündenbock für innenpolitische Probleme benutzt, was nicht zu einem positiven Image beiträgt.

Die Entscheidung über den Beitritt der Türkei zur EU liegt bei den Europäischen Institutionen und den höchsten Vertretern der 27 Mitgliedstaaten. Diese repräsentieren ungefähr 480 Millionen Menschen und sind damit einer großen Anzahl unterschiedlichster Interessen verpflichtet.

Die Chance für eine einzelne auf Mitgliedstaat-Ebene agierende Partei europaweit zur Türkei Themenführerschaft zu erzielen, ist daher sehr gering. Da es aus diesem Grund nie zur politischen Erfüllung einer Zusage

⁵⁴N.N.: Statistik Austria. Bevölkerungsbilanzen. [http://www.statistik.at/statistische_uebersichten/deutsch/pdf/kl4t_2cdf - 05.08.2006](http://www.statistik.at/statistische_uebersichten/deutsch/pdf/kl4t_2cdf_-_05.08.2006)

oder einer Vorgabe kommen kann, bietet sich dieses Thema an, sich an der mehrheitlichen Meinung der Bevölkerung zu orientieren. Folgt man dieser Meinung, so kann es keine inhaltlich klare Parteilinie zu diesem Thema geben. Je nach Politiker, Zeitpunkt und Zielgruppe kann es daher zu von einander abweichenden Standpunkten innerhalb der Partei kommen.⁵⁵

Im Zuge der Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2004 wurde der mögliche Beitritt der Türkei zur EU das erste Mal in der breiten Öffentlichkeit thematisiert. Seit damals ist das Türkei-Thema in jedem Wahlkampf zu finden, da es emotionalisiert und den Parteien damit die Gelegenheit gegeben wird, die Stimmung in der Bevölkerung in ihren Positionen zu reflektieren.

Vor 2004 war die Türkei - beziehungsweise ihr möglicher EU-Beitritt - kaum Thema einer öffentlichen Debatte. Die Politiker äußerten sich im Rahmen der politischen Agenda, jedoch kaum ohne inhaltlichen Anlass. Dieser wäre zumindest 1999 gegeben gewesen, da nach Erhalt des Kandidatenstatus dessen Folge ein Verhandlungsbeginn ist, der wiederum den Beitritt eröffnen kann.

Die öffentliche Diskussion, wie sie 2004 im Zuge einer Wahl entfacht ist, blieb jedoch aus. 2004 - einerseits durch die Europaparlamentswahl im Frühsommer ausgelöst, andererseits durch die Empfehlung der Kommission zum Verhandlungsbeginn im Herbst - begannen die Parteien auch sich klarer zur Türkeifrage zu positionieren.

⁵⁵ Vgl. Peter Havlik: The New EU Member States and Austria: Economic Developments in the First Year of Accession, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hg.), Wien, April 2005

6.1 Sozialdemokratische Partei Österreichs

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs war als Regierungspartei bis zum Jahr 2000 aktiv in die österreichische EU-Politik eingebunden. Bundeskanzler Viktor Klima unterzeichnete 1999 in Helsinki den Ratsbeschluss, welcher der Türkei Kandidatenstatus verlieh.

Der damalige Kurs der SPÖ war - wie bei den meisten Parteien - zwar abwartend, aber einem Beitritt der Türkei gegenüber grundsätzlich aufgeschlossen.

Diese Politik wurde seit den neunziger Jahren unter anderem von Europaparlamentarier Johannes Swoboda vertreten. Swoboda forderte schon früh zu einer Nachdenkphase über die Eröffnung von Verhandlungen mit der Türkei auf und verlangte die Gleichbehandlung der Türkei im Vergleich zu allen anderen Kandidatenländern. Er verfolgte eine Annäherungspolitik an die Türkei, die in einem Beitritt münden sollte. Dazu musste seiner Meinung nach vor allem die Menschenrechtssituation verbessert werden. Obwohl er auch in den darauf folgenden Jahren weiterhin die Fortschritte der Türkei lobte und den Beitritt befürwortet hatte, sah er nach wie vor die schwierige Menschenrechtslage als den größten Problembereich an.

Ab 2002 äußerte sich Swoboda zunehmend kritisch über einen zu raschen Beitritt der Türkei da seiner Ansicht nach die politischen Kriterien noch nicht ausreichend erfüllt waren. Als ebenso problematisch beurteilte er die Zypernproblematik für die Verhandlungen mit der Türkei.⁵⁶

Im Jahr 2004 wurde seitens der Parteispitze eine neue Linie zur Türkei proklamiert. Der frühere SPÖ-Geschäftsführer Norbert Darabos und vor allem der Fraktionsvorsitzende der SPÖ Josef Cap kritisierten die Beitrittsvorhaben der Türkei scharf und traten für eine privilegierte

⁵⁶Vgl. <http://www.hannes-swoboda.at>, 28.12.2007.

Partnerschaft⁵⁷ als Alternative zum Vollbeitritt ein, die vorrangig angestrebt werden sollte.⁵⁸

Die Vollmitgliedschaft der Türkei wurde abgelehnt und weitere Beitrittsvorhaben sollten nicht gefördert werden. Als Voraussetzung für Verhandlungen müsste laut Cap der Verfassungsvertrag bereits in Geltung sein. Darabos trat gegen Verhandlungen auf und lehnte insbesondere den Verhandlungsbeginn im Jahre 2005 ab und setzt den Kurs gegen die Türkeiaufnahme bis heute fort. Auch Darabos sprach sich für eine alternative Lösung zum Vollbeitritt aus. Für Cap ist prinzipiell fraglich, ob die Türkei ein europäischer Staat ist. Jedenfalls sollte der Verfassungsvertrag der EU vor einer neuen Erweiterung in Kraft treten. Er vertritt die Meinung, dass die Verhandlungen nicht vorrangig den Beitritt zum Ziel haben sollten, sondern in einem ersten Schritt die Aufnahme in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).

Der damalige Parteivorsitzende, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, befürwortete zwar Verhandlungen war aber gegen den Vollbeitritt der Türkei und bevorzugte ebenfalls das EWR-Modell. "Die Bundesregierung darf in der Türkei-Frage nicht umfallen", betonte Gusenbauer 2005. Er würde davon ausgehen, dass Kanzler Schüssel das, was er mit ihm in der Türkei-Frage vereinbart habe, auch einhalten werde, alles andere wäre enttäuschend, unterstrich Gusenbauer vor Verhandlungsbeginn. Das bedeutete, die Regierung müsse darauf bestehen, dass andere Formen der Partnerschaft zwischen der EU und der Türkei gleichberechtigt im Verhandlungsmandat festgeschrieben werde. Dass die Regierung nicht schon im Dezember 2004, wie dies auch die SPÖ schon damals gefordert hatte, auf eine alternative Partnerschaft beharrt hat, sei zwar "ein schwerer Fehler gewesen", aber es wäre noch schlechter, wenn dieser Fehler nicht korrigiert worden wäre. Es müsse daher noch jede Chance

⁵⁷ <http://www.wienweb.at/content.aspx?menu=4&cid=90004>, 29.12.2007

⁵⁸ Vgl. Österreichischer Rundfunk: Pressestunde „EU und die Türkei“ mit Josef Cap, 26.9.2004

genützt werden, andere Formen der Partnerschaft im Verhandlungsmandat festzuschreiben. Denn, so Gusenbauer 2005, die Türkei sei nicht reif für die EU und die EU sei in ihrer Verfassung nicht weiter aufnahmefähig.

Aus Sicht des damaligen SPÖ-Vorsitzenden sei es notwendig, dass die EU "einen vernünftigen Kurs" einschlägt, denn es würde "sehr viel am Spiel" stehen. Er habe auch den Eindruck, dass sich viele Staaten in der EU in dieser Frage hinter Österreich verstecken würden. Gusenbauer: "Wenn man aber jetzt eine Einbahnstraße in Richtung Vollbeitritt wählt, dann kann man dies später schwer korrigieren". Außerdem müsse man auch die Wünsche der Bevölkerung berücksichtigen, denn eine große Mehrheit sei gegen Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei, erklärte Gusenbauer.⁵⁹

Für Cap hingegen waren zum damaligen Zeitpunkt weder die EU noch die Türkei für eine Mitgliedschaft bereit, da einerseits die Fähigkeit der EU die Aufnahme wirtschaftlich zu verkraften, nicht gegeben war und vorerst die große Erweiterung um zehn Mitgliedstaaten und die von Rumänien und Bulgarien bewältigt werden müssten. Andererseits lag die Türkei in der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien weit hinter dem notwendigen Erfüllungsstand. Die Zukunft der EU sah er in einer hohen Integration mit einem gemeinsamen Wirtschafts- wie auch Sozialmodell das seiner Ansicht nach mit der Türkei nicht zu erreichen ist.

Die Mehrheit der SPÖ-Delegation im Europäischen Parlament folgte auch dieser Linie. So wurde seitens der Delegation bei der Abstimmung am 27. September 2006 im Europäischen Parlament gegen den Eurlings-Bericht

⁵⁹ Vgl. :Aus Sicht des SPÖ-Vorsitzenden Gusenbauer
http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20050930_OT0223&ch=politik
,30.09.2005

über den Stand der Fortschritte auf dem Weg in die EU gestimmt.⁶⁰ Obwohl der Bericht die Lage in der Türkei sehr kritisch beurteilte, wurde am Ziel des Vollbeitritts festgehalten, was die Mehrheit der SPÖ-Europaparlamentarier dazu veranlasste den Bericht im Plenum abzulehnen.

Ein ehemaliger Befürworter der Aufnahme der Türkei in die EU ist der Europasprecher der SPÖ Caspar Einem, der aber ab 2004, mit der Ablehnung der Parteispitze gegenüber einem Türkeibeitritt, seine Position änderte und für die EU nach Bulgarien und Rumänien vorerst keine Chance auf neue Erweiterungen sieht. Für ihn gilt die muslimische Religion und eine mögliche Terrorgefahr nicht als Gegenargumente eines Beitritts, jedoch sollte die Entscheidung von 1999, der Türkei Kandidatenstatus zu verleihen, dennoch neu überdacht werden, denn die Erfüllung der politischen Kriterien sah er für Beitrittsverhandlungen als nicht ausreichend erfüllt an.

Befürworter wie Swoboda kritisierten diesen Kurswechsel, traten weiter für den Vollbeitritt ein und bezogen damit Opposition zur Parteispitze. Swoboda vertritt die Ansicht, dass Fortschritte im Demokratisierungsprozess der Türkei am schnellsten erzielt werden können, wenn sich die EU auf intensive Verhandlungen einlässt und in einigen Jahren die Zwischenergebnisse überprüft.

Anfang 2006 meinte Swoboda, dass der EU-Beitritt der Türkei strategisch sinnvoll wäre. Ähnlich denken Landeshauptmann Michael Häupl und die SPÖ Landesorganisation in Wien. Häupl tritt wie auch Bundespräsident Heinz Fischer für einen offenen Verhandlungsausgang ein⁶¹. Häupl

⁶⁰Newsletter 12/04 Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, Beitrittsvertrag für Rumänien und Bulgarien, Beitrittslandstatus für Kroatien wurde bestätigt <http://www.harald-etl.at/artikel.aspx?id=534&bid=15> , 20.09.07

⁶¹ Dr. Heinz Fischer (2005.1.18) : Ansprache von Bundespräsident anlässlich des Neujahrsempfangs für das Diplomatische Corps.

bestreitet auch, dass es überhaupt eine Parteilinie gäbe. Obwohl die Spitze der Partei seit mehr als zwei Jahren eine ganz klare Linie verfolgt, ist die Haltung der SPÖ insgesamt nicht so klar und teilweise gespalten.

Einzelne Politiker wie auch Unterorganisationen der Partei weichen in ihren Ansichten nicht nur erheblich von der Parteilinie ab, sondern vertreten gegensätzliche Vorstellungen.

Die Parteilinie selbst, die vom Parlamentsklub der SPÖ im Nationalrat getragen wird, hat sich spätestens mit dem Jahr 2004 geändert. Man beendete die Politik, die man noch in den neunziger Jahren verfolgt hatte und leitete einen Positionswechsel vom vorsichtigen Befürworter zum klaren Gegner ein. Dieser Ansicht schloss sich auch die Mehrheit der SPÖ-Politiker an.

6.2 Österreichische Volkspartei

Einer nationalen Volksabstimmung nach den Verhandlungen mit der Türkei, wie von der ÖVP vorgeschlagen, steht sie ebenfalls ablehnend gegenüber, da sie dies für ein faktisch unerfüllbares Versprechen hält, das in zehn bis fünfzehn Jahren eingelöst werden müsste. Ihrer Ansicht nach könne man die nationalen wie auch europapolitischen Gegebenheiten um 2015 oder 2020 nicht so präzise vorhersehen, dass man heute bereits eine Volksabstimmung festlegen könne.⁶²

Auf der Website der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) wird nur kurz zur Türkei-Frage Stellung genommen: „Die Erweiterung hat sich für die Europäische Union bewährt.

⁶² Vgl. Website der Grünen - [http://www.gruene.at/europaeische union/artikel/lesen/1 0723/](http://www.gruene.at/europaeische%20union/artikel/lesen/1%20723/), 8.11.2006

Sie war sowohl aus Sicht der neuen als auch aus Sicht der alten Mitgliedsstaaten richtig. Österreich hat von der Erweiterung der Union von allen Mitgliedsstaaten am meisten profitiert.

Österreich hat durchgesetzt, dass die Verhandlungen der EU mit der Türkei einen offenen Ausgang haben werden. In Österreich werden als letzte Instanz die Bürger im Rahmen einer Volksabstimmung ihre Stimme zur Frage eines allfälligen EU-Beitritts der Türkei abgeben.“⁶³

6.2 Freiheitliche Partei Österreichs

Die FPÖ nimmt sehr klar eine ablehnende Haltung gegenüber einem Beitritt der Türkei zur EU ein. Auf der Website der Freiheitlichen Partei wird dieser Standpunkt in zwei Sätzen dokumentiert: „Die Türkei gehört nicht zu Europa. Deshalb lehnt die FPÖ als einzige Partei auch konsequent jede Verhandlung darüber ab.“⁶⁴ Die FPÖ vertritt diesen Standpunkt seit eine Mitgliedschaft der Türkei in Österreich thematisiert wurde und ist insgesamt zu Erweiterungen der EU seit jeher sehr kritisch eingestellt.

Unabdingbar sei die Durchführung einer Volksabstimmung über den Beitritt der Türkei zur EU, die in der Bundesverfassung verankert werden sollte.

Für Strache gehört die Türkei weder kulturell noch geografisch zu Europa, dessen Identität durch einen Beitritt zerstört würde. Ebenso ortet er erhebliche rechtstaatliche und demokratiepolitische Defizite. Ein Kooperationsabkommen zwischen der Türkei und der EU, das vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit fördern sollte, wäre für beide Partner die bessere Lösung.

Der freiheitliche Europaparlamentarier Andreas Mölzer vertritt die Ansicht, dass die EU künftige Erweiterungen grundsätzlich äußerst kritisch

⁶³ Vgl. ÖVP Website <http://www.oevp.at/inhalte/index.aspx?pageid=4363>, 8.1.2007

⁶⁴ Vgl. Website der FPÖ - <http://www.fpoe.at/index.php?id=7304>, 22.2.2006.

überlegen sollte. Europa müsste sich prinzipiell vom Islam und auch von der Türkei abgrenzen, denn die EU ist den historisch gewachsenen europäischen Völkern und somit dem christlichen Abendland verpflichtet und nicht einer islamischen außereuropäischen Macht. Mölzer ortet in der Türkei ein starkes Demokratiedefizit, wie auch die Reformen, die der Beitrittswerber im Rahmen der Vorbereitungen auf die EU-Mitgliedschaft durchgeführt hat für den Europaparlamentarier kaum Wirkung zeigen.⁶⁵

6.3 Die Grünen

Als Oppositionspartei waren die Grünen nie dem EU-Ministerrat verantwortlich, sondern konnten ihre Position frei von politischen Verpflichtungen festlegen.

Grundsätzlich war die Partei einer Erweiterung der EU um die Türkei aufgeschlossen, allerdings wurden schon in den neunziger Jahren, wie von anderen Parteien auch, die Menschenrechtssituation und die politische Lage in der Türkei stark kritisiert.

Als 1999 der Kandidatenstatus erteilt wurde, überraschten die Grünen jedoch mit der Forderung Verhandlungen zu beginnen, da nur so die großen Schwierigkeiten gelöst werden könnten. Die Grünen traten jedenfalls dafür ein, der Türkei eine klare Perspektive in Aussicht zu stellen.

Auf der Website der Grünen wird sehr ausführlich zu den EU-Verhandlungen mit der Türkei Stellung genommen. Mit Einschränkungen treten die Grünen für eine Integration der Türkei in die EU ein und sind — nach eigenen Angaben — die einzige österreichische Partei, die den Beitritt der Türkei befürwortet:

„Für eine Aufnahme von Beitrittsverhandlungen spricht aus der Sicht der Grünen, dass der Türkei, die immer schon eine Brückenfunktion zwischen

⁶⁵Vgl. : Andreas Mölzer - <http://www.andreas-moelzer.at/index.php?id=109> und <http://www.andreas-moelzer.at/index.php?id=213>, 20.12.2006

Europa und Asien hatte, die europäische Perspektive nicht verwehrt werden sollte, die Türkei bereits weit reichende Reformen beschlossen hat und die Reformkräfte durch die Aufnahme der Verhandlungen gestärkt würden. Weiters würde die Türkei für die EU einen Zugewinn bedeuten und für die islamischen Welt könnte ein Zeichen gesetzt werden.“⁶⁶

Dieser Beschluss der Partei wurde 2004 im Zuge der EU-Entscheidung, Verhandlungen mit der Türkei zu beginnen, gefasst und mit zwei Gegenstimmen angenommen.

Die Reformen, die der türkische Gesetzgeber durchgeführt hat, werden von den Grünen gewürdigt. Allerdings werden etliche weitere Mängel aufgezeigt, die vor einem Beitritt behoben werden müssen. Die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien ist für die Grünen ebenso Grundvoraussetzung für den Beitritt wie „die soziale, ökologische und demokratische Vertiefung der EU.“⁶⁷

Ulrike Lunacek, außenpolitische Sprecherin der Grünen, gilt ebenfalls als Unterstützerin des Beitritts der Türkei. Sie kritisiert zwar die Verlangsamung des Reformprozesses in der Türkei, betont jedoch, dass eine Unterbrechung oder ein Abbruch der Verhandlungen den Reformprozess gänzlich zum Erliegen bringen könnte. Im Sinne einer weiteren Demokratisierung der Türkei müsse dies unbedingt vermieden werden. Ebenso lehnt sie das Konzept einer privilegierten Partnerschaft ab, da zum jetzigen Zeitpunkt das Ziel der Verhandlungen der Beitritt sein müsste und keine Alternativlösungen.

Innerhalb der Partei der Grünen gibt es auch Gegenstimmen zu einem möglichen Beitritt der Türkei.

Die Grünen treten, abgesehen von den fundamental divergierenden Ansichten der beiden Mitglieder des Europäischen Parlaments Voggenhuber und Lichtenberger, sehr geschlossen in der Türkei-Frage

⁶⁶ http://www.gruene.at/europaeische_union/tuerkei 10.10.2008

⁶⁷ Vgl.: Lunacek, Ulrike; Neuwirth, Martina: Türkei: EU-Beitrittsverhandlungen, in: Website der Grünen - http://www.gruene.at/europaeische_union/tuerkei/, 16.12.2008

auf: Ziel der Verhandlungen soll der Beitritt sein, die Länge der Verhandlungen ist weniger wesentlich als der Fortschritt der Reformen in der Türkei, der nach den Vorstellungen der EU gelingen muss und die Balkanstaaten sollen in ihren Beitrittsprozessen gegenüber der Türkei Vorrang haben.

Die Grünen sehen im Vergleich zu den anderen österreichischen Parteien den Beitritt der Türkei sicherlich am Positivsten.

6.5 Bündnis Zukunft Österreich

Eine abweichende Meinung, nämlich für einen Türkeibeitritt zur EU, vertrat lediglich der Landeshauptmann von Kärnten, Jörg Haider. Dafür wurde er vor allem Seitens der FPÖ stark kritisiert vor allem nach der Abspaltung des BZÖ. Schon 1999 trat er für die Erteilung des Kandidatenstatus ein und bekräftigte zumindest bis 2005 seine Zustimmung zu einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU. Er sah durch die Beitrittsaussicht für die Türkei eine Chance für die Stärkung der demokratischen Kräfte des Landes und die wirtschaftliche Expansionsmöglichkeit für die EU.

Mit Sommer 2005 hat Haider diese Argumentationslinie verlassen. Er trat seit diesem Zeitpunkt für Verhandlungen mit einem offenen Ergebnis ein. Zusätzlich präsentierte er gemeinsam mit Vizekanzler Gorbach die "Österreich-Agenda für Europa", ein 15 Punkte Programm für die Zukunft Österreichs in der EU. In Punkt 14 wird gefordert, dass Österreich aktiv für einen sofortigen Verhandlungs- und Erweiterungsstopp eintritt. Die EU wäre Haiders Meinung nach nicht bereit für neue Erweiterungen.

Insgesamt vertreten sowohl die FPÖ wie auch das BZÖ eine ablehnende Haltung zu einem Beitritt der Türkei zur EU.

6.6 Resümee: Umgang der politischen Parteien mit der EU-Türkei-Thematik

Alle Parteien entwickelten in den letzten Jahren eine offizielle Parteilinie zum Thema EU-Mitgliedschaft der Türkei. Zum Zeitpunkt der Erteilung des Kandidatenstatus 1999 waren diese Parteilinien noch keineswegs so klar erkennbar wie dies seit der öffentlichen Debatte um den Verhandlungsbeginn 2004 der Fall ist.

Die SPÖ ist dabei in ihrer offiziellen Parteimeinung von einem vorsichtigen Befürworter zu einem klaren Gegner geworden und hat damit von allen Parteien sicher den radikalsten Richtungswechsel vollzogen. Die ÖVP, wie die SPÖ im Jahr 1999 in Regierungsverantwortung, blieb zwar weiterhin sowohl für Verhandlungen als auch den Beitritt offen, sie zeigt sich jedoch zunehmend kritisch wie auch pessimistisch, dass am Ende der Verhandlungen der Vollbeitritt der Türkei zur EU stehen könnte. Die Grünen befürworten prinzipiell die Mitgliedschaft der Türkei in der EU, die FPÖ wie auch das BZÖ lehnen dies prinzipiell ab.

Gemeinsam ist allen Parteien, dass sich nicht durchgehend eine gemeinsame, von allen Funktionären vertretene, Parteimeinung durchsetzen ließ. In der SPÖ gibt es um Europaabgeordneten Swoboda eine Gruppe von Befürwortern des Beitritts. In der ÖVP ist eine Gruppe von klaren Gegnern wie Landeshauptmann Pühringer zu finden. Bei den Grünen vertritt Europaparlamentarier Voggenhuber die Ansicht, dass eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU strikt abzulehnen ist. FPÖ und BZÖ vertreten sicher die einheitlichste Haltung, allerdings wurde auch hier durch den einflussreichen, langjährigen Parteichef Haider bis 2005 eine zur Parteilinie völlig konträre Meinung vertreten.

Alle Parteien teilen die Ansicht, dass derzeit ein Beitritt der Türkei nicht in Frage kommt, da die EU dazu strukturell momentan nicht bereit ist und die Türkei nach wie vor grobe Mängel in der Umsetzung der verlangten

Reformen aufweist. Im Allgemeinen wird eine Verhandlungsdauer von zehn bis fünfzehn Jahren erwartet.

Im zu erwartenden Ergebnis der Verhandlungen unterscheiden sich die Parteien stark: die Parteispitze der SPÖ strebt eine privilegierte Partnerschaft an, befürwortet allerdings prinzipiell Verhandlungen. Die ÖVP ist — bei positivem Verhandlungsverlauf und bei vollständiger Erfüllung der Kopenhagener Kriterien — offen für einen Vollbeitritt, erwartet jedoch ebenfalls eher eine privilegierte Partnerschaft als Ergebnis. Die Grünen streben einen Vollbeitritt an, sehen jedoch auch viel Handlungsbedarf für die Türkei in der Umsetzung ihrer Reformen. FPÖ und BZÖ lehnen die Verhandlungen über eine Vollmitgliedschaft gänzlich ab und möchten ausschließlich über eine Privilegierte Partnerschaft verhandeln.

Abgesehen von den Grünen begegnen die Parteien der möglichen Mitgliedschaft der Türkei somit von vorsichtig pessimistisch bis völlig ablehnend. Auch in der Erweiterungspolitik der Bundesregierung wird demnach die Kontinuität zur Vorgängerregierung gewahrt die Haltung gegenüber einem erfolgreichen Beitritt der Türkei ist pessimistisch.

Der Trend in Richtung einer negativen Haltung zum Beitritt hat sich im Zuge der letzten Jahre verstärkt. Diese Entwicklung entspricht auch der Meinung eines Großteils der Bürger in Österreich. Dies kann als Anzeichen dafür gesehen werden, dass die Parteien, vor allem diejenigen, die dem Beitritt der Türkei eher ablehnend gegenüberstehen, dies auch aus populistischen Gründen tun.

Für die Annahme, dass die Haltung zur Türkeifrage populistisch missbraucht wird, spricht die Tatsache, dass das Ergebnis der Verhandlungen und die daraus resultierende Kooperation mit der Türkei mit höchster Wahrscheinlichkeit nicht von einer einzelnen österreichischen

Partei abhängen werden. Dieses Thema wird auf europäischer Ebene von 27 Mitgliedstaaten entschieden werden und von zahlreichen Interessen geprägt sein. Das Ergebnis - wie immer es ausfallen mag - wird von vielen Faktoren beeinflusst und nicht singulär durch den Standpunkt einer einzelnen Partei begründet sein. Dadurch kann eine Partei auch nie als alleiniger Verursacher verantwortlich gemacht werden. Dies wiederum ermöglicht einer Partei relativ gefahrlos eine unter den Wählern populäre Meinung zu übernehmen, da sie gar nicht in der Lage sein muss, diese Interessen alleine durchzusetzen. Die Verantwortung für einen Misserfolg kann einfach auf andere Parteien, Länder oder auf die EU insgesamt abgewälzt werden.

Des Weiteren ist auffällig, dass schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt — realistischer Weise zehn bis zwanzig Jahre vor dem möglichen faktischen Beitritt — ganz klare Positionen zum Endergebnis der Verhandlungen eingenommen werden, die nicht einmal noch richtig begonnen haben. Diese Tatsache spricht für den populistischen Missbrauch der Türkei-Thematik. Die Türkeibewerbung wird in nationalen Wahlkämpfen genauso thematisiert wie überdurchschnittlich oft in der Tagespolitik behandelt, wie die zahlreichen Presseaussendungen zeigen.

Eine umfassende Beurteilung der Thematik kann zum jetzigen Zeitpunkt daher kaum erfolgen, da der Großteil der Fakten erst während der Verhandlungen im Detail diskutiert werden wird. Das Thema wird offenbar von allen Parteien dazu benutzt, zumindest bei den eigenen Kernwählern zu punkten, da jeweils Positionen vertreten werden, die den Ansichten dieser eigenen Wählerschichten nahe kommen.

Die Indizien häufen sich, dass die Parteien dieses Thema benutzen, um bei den Bürgern Popularität zu erzielen, die mit anderen Themen, bei denen eine realpolitische Umsetzung erfolgen muss, nur schwer erreicht werden kann. Allerdings sind die kritischen Ansichten der Parteien

inhaltlich begründet, logisch nachvollziehbar und werden in Europa von vielen Gruppierungen vertreten. Daher kann umgekehrt angenommen Thematik in der Öffentlichkeit weniger diskutiert Thema vermutlich auch in der Tagespolitik weniger gegen Ende der Verhandlungen intensiv behandelt.⁶⁸

6.7 Meinung der österreichischen Bevölkerung

Dem negativen Trend bei der Zustimmung zur EU entsprechend äußert sich die österreichische Bevölkerung zunehmend kritisch zum möglichen Beitritt der Türkei zur EU⁶⁹.

Nach einer Umfrage der Gesellschaft für Europapolitik in Österreich im Oktober 2005 halten nur 8% der Befragten die Türkei für beitriffähig. 28% sind der Meinung, man könnte die Türkei in 10 Jahren aufnehmen, 22% glauben an mindestens weitere 20 Jahre Entwicklung, die für einen Beitritt notwendig sind und 32% der Befragten denken, dass dieser Kandidat nie geeignet sein wird, Mitglied der EU zu werden. Obwohl damit knapp ein Drittel der Interviewten grundsätzlich gegen die Aufnahme der Türkei ist, halten sie immerhin 58% prinzipiell für befähigt die Voraussetzungen für einen EU-Beitritt zu erfüllen.⁷⁰

Dieses Bild wird durch die Eurobarometer-Umfragen der Europäischen Kommission inhaltlich bestätigt. Wenngleich sich auch in europaweiten Umfragen eine Mehrheit der Bürger gegen einen Beitritt der Türkei ausspricht, so ist der Anteil der Gegner in Österreich besonders hoch und steigt weiter an.

⁶⁸ Vgl. Belafl, Matthias: Eine große Koalition gegen die Türkei, in: CAP Aktuell, Berteismann Forschungsgruppe Politik, Nr. 2, März 2007, S. 4f

⁶⁹ Die Tabelle gibt einen Überblick über die Haltung der ÖsterreicherInnen zu einem EU-Beitritt der Türkei nach Altersstufen.

http://www.demokratiezentrum.org/media/data/einstellungen_eu_beitritte_tuerkei.pdf 23.07.2007

⁷⁰ Grundgesamtheit: 505 befragte Österreicher und Österreicherinnen; 10% machten keine Angabe bei dieser Frage; <http://lcms.euro-info.net/index.php?cat=3036&parentcat=5>, 7.5.2006

6.8 Wie steht die Türkei zu einem möglichen EU-Beitritt ?

„Der Westen ist für viele Türken das Andere, das Fremde. Der Westen wird für viele als ein zu erreichendes Modell, das positive Aspekte mit sich bringt, angesehen.“⁷¹ Der Westen bedeutet gleichzeitig Freund und Feind. Die Fremdheit Europas ist keine einseitige Verfremdung. Wie aus europäischer Sicht, so kann man auch aus der türkischen Sichtweise her eine gewisse Distanz der anderen Kultur gegenüber, wahrnehmen. Dennoch ist im Verlauf der Geschichte immer wieder ein Wunsch nach Eingliederung und Anbindung an Westeuropa zu beobachten.

7 STANDPUNKT DER TÜRKISCHEN MIGRANTEN

Eine Studie zur Position der türkischen Migranten zu einem EU-Beitritt der Türkei existiert nicht. Aus diesem Grund wurde im Rahmen der vorliegenden Arbeit vom 15. September 2008 bis einschließlich 15. Oktober 2008 eine nicht repräsentative Onlineumfrage durchgeführt, um eine erste Meinung der türkischstämmigen Zuwanderer einzuholen. An der Umfrage nahmen von 50 kontaktierten Personen 32 Migranten im Alter von dreiundzwanzig bis 70 Jahren teil, was einer Rücklaufquote von 64% entspricht.⁷²

Die an der Studie teilgenommenen Zuwanderer haben sich selbst wie folgt beschrieben:

⁷¹ Toran, B. / Nazli, Okten (Hrsg.): Türkiye‘den dünyaya bir bakis: Türkiye‘deki Avrupali Imgesi ve Ulusal Kimlik Kurgusu Ogeleri. Galatasaray Verlag. Istanbul 1999. In: Basdere, Sebnem: Zum EU-Bild in der türkischen Öffentlichkeit unter Berücksichtigung der Zeitungskolumnen. Wien 2002. S. 7

⁷² Cengiz Aksoy vom 15. September 2008 bis einschließlich 15. Oktober 2008 eine nicht repräsentative Onlineumfrage durchgeführt, um eine erste Meinung der türkischstämmigen Zuwanderer http://www.kwiksurveys.com/online-survey.php?surveyID=BOHN_c25b2ccd

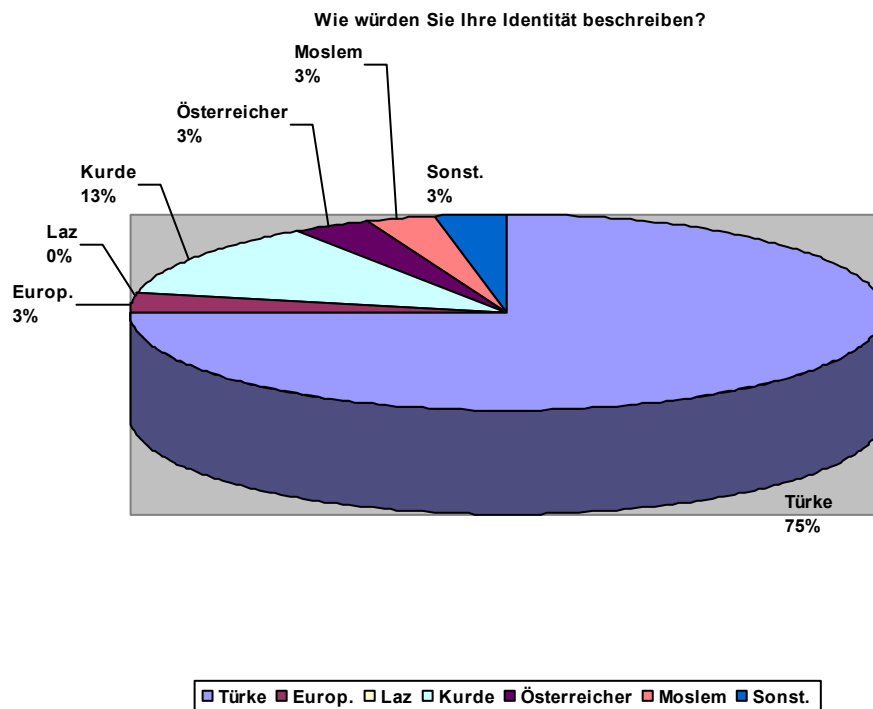


Abb.1: Wie würden Sie Ihre Identität beschreiben?

Um eine der Kernfragen – die Zugehörigkeit Türkeis zu Europa – beantworten zu können, wurde zuerst von den Probanden eine stichwortartige Definition „Europas“ verlangt. Erst aufgrund der gesammelten Antworten konnte man auch daraus schließen, womit türkische Migranten die Europäische Union assoziieren und ob sie die Türkei als ein Teil Europas betrachten. Bemerkenswert war, dass eine große Mehrheit der Studienteilnehmer – 91% - Europa mit den Begriffen Wirtschaft, Politik, Sicherheit und Wertegemeinschaft verbindet. Lediglich 6% der Teilnehmer assoziieren Europa mit einer „christlichen Union“ und für 3% bedeutet Europa lediglich ein „Kontinent“. Unter den zwei Personen, die Europa vorrangig als eine christliche Union bezeichnen, ist ein Befürworter und ein Gegner eines EU-Beitritts der Türkei.⁷³

⁷³ Cengiz Aksoy vom 15. September 2008 bis einschließlich 15. Oktober 2008 eine nicht repräsentative Onlineumfrage⁷³ durchgeführt, um eine erste Meinung der türkischstämmigen Zuwanderer http://www.kwikisurveys.com/online-survey.php?surveyID=BOHN_c25b2ccd

Womit assoziieren Sie Europa?

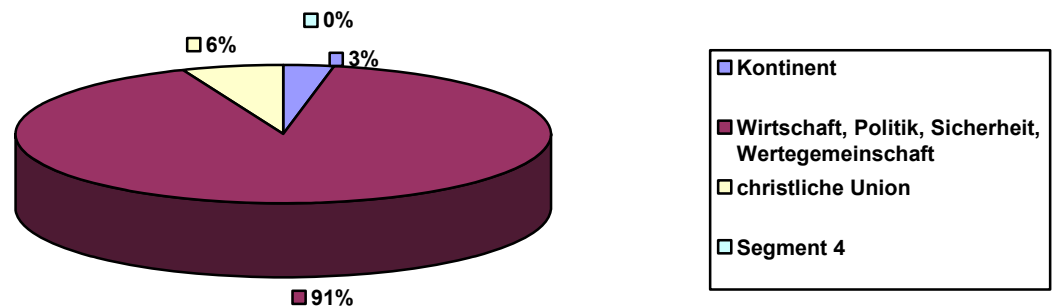


Abb.2: Womit assoziieren sie Europa?

Die stichwortartige Begriffsdefinition war für die folgende Frage von großer Bedeutung: Denn mehr als ein Drittel der Teilnehmer (78%) sieht die Türkei als einen Teil Europas und ist somit Teil einer politischen, wirtschaftlichen Union. Die EU hat nur für sehr wenige eine Bedeutung als christliche Union oder wird kaum als nur ein „Kontinent“ bezeichnet.

Über die Beitrittsfähigkeit und vor allem auch über die Aufnahmefähigkeit der Union wird vor allem seit der größten Erweiterungsrunde in der Geschichte der Europäischen Union um zehn neue Mitglieder in 2005 öfters diskutiert. Die Teilnehmer wurden gebeten, zu beurteilen, ob die Türkei als Kandidatin zum Zeitpunkt der Umfrage als beitriffsfähig bezeichnet werden kann. Von den befragten 32 Personen bezeichneten 2 Teilnehmer (6%) Türkei jetzt schon voll beitriffsfähig, 17 Personen (54%) beantworteten diese Frage mit „trifft einigermaßen zu“. Drei Personen – 9% - sind der Meinung, dass der Kandidat zum Zeitpunkt der Studie nicht geeignet ist, in die Union aufgenommen zu werden.

Sind Sie persönlich für oder gegen den EU-Beitritt der Türkei?

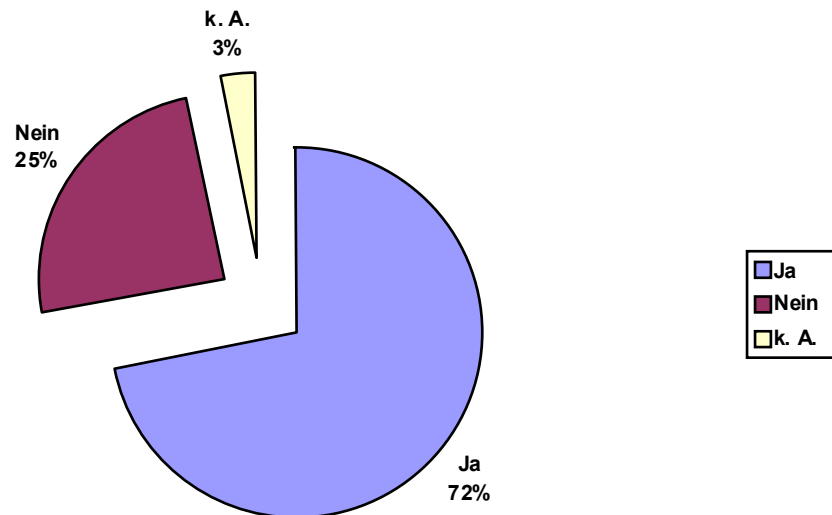


Abb.3: Sind Sie persönlich für oder gegen den EU-Beitritt der EU?

Die Frage, ob die Teilnehmer persönlich für oder gegen einen EU-Beitritt der Türkei sind, bejahten 72%., 8 Personen (25%) sind gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei, eine Person (3%) beantwortete diese Frage nicht.

Eine große Mehrheit (65%) kann sich eine Vollmitgliedschaft innerhalb von zehn bis zwanzig Jahren vorstellen. Immerhin zeigten sich zehn Prozent der Teilnehmer sehr positiv: eine Mitgliedschaft wäre in weniger als 10 Jahren vorstellbar. Für 6% der Teilnehmer würde der Beitritt jedoch mehr als 30 Jahre in Anspruch nehmen.⁷⁴

⁷⁴Cengiz Aksoy vom 15. September 2008 bis einschließlich 15. Oktober 2008 eine nicht repräsentative Onlineumfrage⁷⁴ durchgeführt, um eine erste Meinung der türkischstämmigen Zuwanderer http://www.kwiksurveys.com/online-survey.php?surveyID=BOHN_c25b2ccd

Eine weitere Frage der Studie befasst sich mit den etwaigen Folgen und Vorteilen eines EU-Beitritts für türkische Migranten in Österreich. Nach Ansicht der Studien-Teilnehmer würde eine Vollmitgliedschaft auf jeden Fall zu weniger Bürokratie (100%) und Erleichterungen bei der Familienzusammenführung (88%) führen. Auch im Schul- und Bildungsbereich (67%) könne mit positiven Änderungen gerechnet werden. Eine Mitgliedschaft würde jedoch kaum finanzielle Vorteile oder mehr Beschäftigungsmöglichkeiten mit sich bringen.⁷⁵

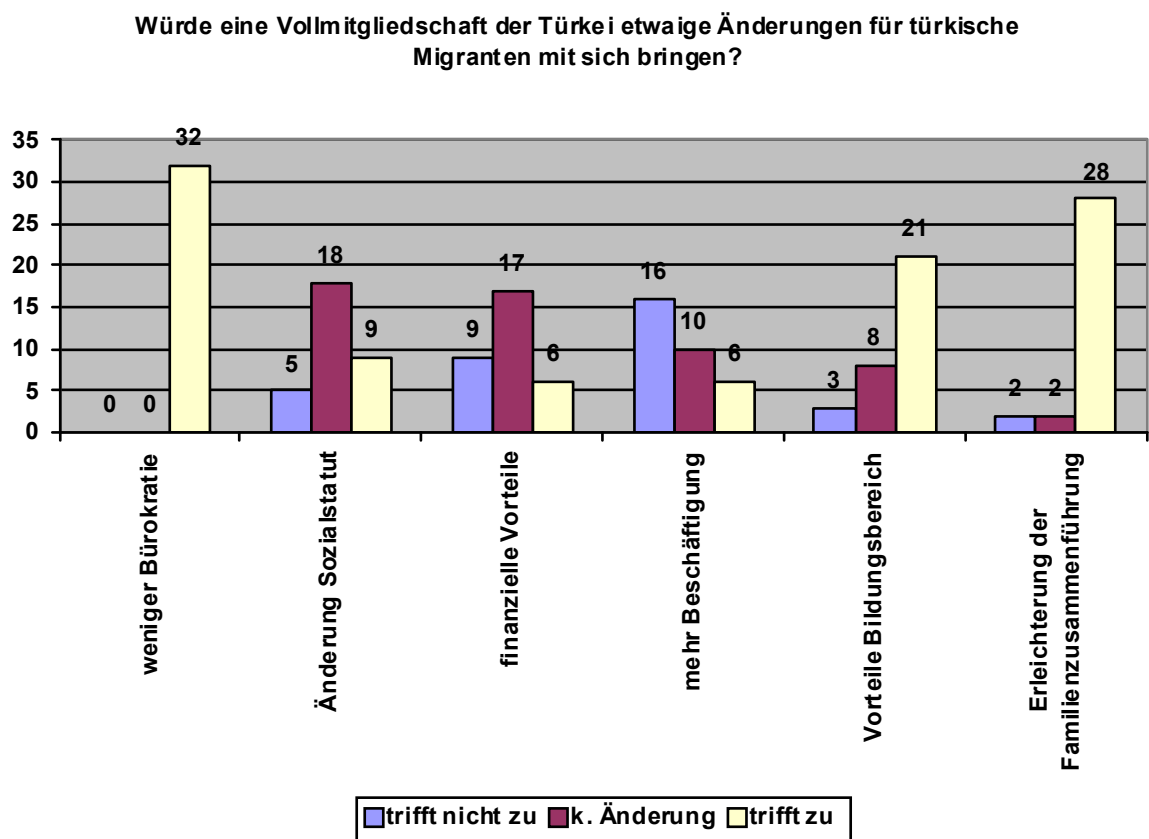


Abb. 4: Würde eine Vollmitgliedschaft der Türkei etwaige Änderungen für türkische Migranten mit sich bringen?

So gesehen, ist die Stimmung unter den türkischen Migranten eher positiv zu bewerten. Die Mehrheit betrachtet die Türkei als ein Teil Europas und – auch wenn es ein langwieriger Prozess angesehen wird und die EU-

⁷⁵ Cengiz Aksoy vom 15. September 2008 bis einschließlich 15. Oktober 2008 eine nicht repräsentative Onlineumfrage⁷⁵ durchgeführt, um eine erste Meinung der türkischstämmigen Zuwanderer http://www.kwikisurveys.com/online-survey.php?surveyID=BOHN_c25b2ccd

Kandidatin derzeit von der Mehrheit als nicht beitriffsfähig bezeichnet wird
- eine Vollmitgliedschaft wird von türkischen Zuwanderern befürwortet.

7.1 Wahl-KAMPF

Am 28. September 2008 konnten 6,3 Millionen Wahlberechtigte ihre Stimme bei der Nationalratswahl abgeben. Verglichen mit der Wahl im Jahr 2006 sind das um 3,63% weniger Stimmen.

Die Nationalratswahlen am 28 September 2008 waren durch den großen Erfolg der FPÖ in der Hauptstadt gekennzeichnet. Strache konnte die Stimmen der FPÖ auf 21,4% steigern. Somit wurde Wien – die Hauptstadt Österreichs – zum stärksten FPÖ-Bundesland. Auch in traditionellen SPÖ-Bezirken konnte die FPÖ an Stimmen zulegen. Dies ist wahrscheinlich auch ein Grund dafür, dass die SPÖ von 41% (NR-Wahlen 2006) auf 35,8% zurückgefallen ist. Auch die anderen Parteien - ÖVP und Grüne - mussten Verluste hinnehmen

Zwar blieb die SPÖ weiterhin die stimmenstärkste Partei, doch der Erfolg der beiden rechtspopulistischen Parteien hat diesen Erfolg der Sozialdemokraten getrübt.⁷⁶

7.1.1 Wiener Bezirke - Kandidaten mit Migrationshintergrund

In Österreich leben 1,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Die widerspiegelt sich jedoch in der aktiven Politik kaum wider.

Für die Grünen konnte erstmals eine türkischstämmige Frau in den Nationalrat einziehen. Für die SPÖ kandidierte die Wiener Gemeinderätin Nurten Yilmaz. FPÖ und BZÖ haben Kandidaten mit Migrationshintergrund nicht nominiert.

⁷⁶Vgl: <http://www.zamanavusturya.at/details.php?title=Die+Wahlen+2008+aus+Sicht+der+Migranten&haberid=1052>, 10.10.2008

Sirvan Ekici – Gemeinderätin – hätte die Migrationskandidatin der konservativen werden sollen, doch ihr Einzug in den Nationalrat wird durch einen Mandatsverlust – die ÖVP hat ein Minus von 16 Plätzen zu verkraften – verhindert.⁷⁷

7.1.2 Wie wählten Personen mit Migrationshintergrund?

In Österreich gibt es 400.000 Wahlberechtigte aus Zuwandererfamilien – dies war auch ein Grund dafür, dass im Wahlkampf besonders SPÖ, ÖVP und Grüne um die Stimmen dieser Personen buhlten. Die FPÖ schlug einen etwas anderen Weg ein: Mit einer „pro-Serbien-Einstellung“ (Ablehnung eines unabhängigen Kosovo usw.) wollte die FPÖ die Stimmen der serbischstämmigen Wählern.

Einer Vorwahlbefragung des Meinungsforschungsinstituts OGM zufolge lag die SPÖ mit 31 Prozent vorne, gefolgt von der FPÖ mit 23 Prozent (Grüne 17, ÖVP elf und BZÖ zehn Prozent).⁷⁸

⁷⁷Vgl: <http://www.zamanavusturya.at/details.php?title=Die+Wahlen+2008+aus+Sicht+der+Migranten&haberid=1052> 10.10.2008

⁷⁸Ebd.

8 KANN DIE TÜRKEI ZU EUROPA GEHÖREN?

Die Frage der politischen Zugehörigkeit der Türkei zu Europa, die in den Diskussionen immer wieder neu aufgeworfen wird, ist eigentlich längst beantwortet. Im politischen Raum ist es seit 1947 mit der Teilnahme der Türkei an allen europäischen Zusammenschlüssen, von der Gründung der OEEC und des Europa-Rates an, selbstverständlich, dass der NATO-Partner an der sicherheitspolitisch bedeutsamen Südosiflanke des Bündnisses ein europäischer Staat ist.

Mit der Assoziierung in der EG 1963, einer Form der Integration, die nach Artikel 237 des EWG Gründungsvertrages nur europäischen Staaten zuteil werden kann und dem Signal der EU vom 6. Oktober 2004, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei durchführen zu wollen, wurde dies erneut unterstrichen.

Die westlich orientierte Elite der Türkei sieht in der EU-Mitgliedschaft gleichsam den logischen Abschluss dieses Prozesses der Westintegration, der bereits in der Reformepoche des Osmanischen Reiches zaghaft begann und von Staatsgründer Atatürk, für den die westliche Zivilisation für die Modernisierung des Landes.

8.1 Die europäischen Werte

Obwohl die meisten Befürworter eines türkischen Beitritts die identitätsbezogene Ablehnung zurück weisen, begründen viele von ihnen ihre positive Sicht in ähnlicher Weise. Für sie gründet sich die EU in ihrem Wesenskern auf die Werte der modernen liberalen Demokratie, wie sie in den politischen Kriterien von Kopenhagen für einen EU-Beitritt zum Ausdruck kommen: Demokratie, Rechtsstaat, Schutz der Menschenrechte, Achtung und Förderung von Minderheiten.

Diese Werte gelten ihnen als universalistisch und nicht alt kulturspezifisch, selbst wenn sie ihren Ursprung im europäischen Kulturkreis haben.

Besonderen Wert legen die Befürworter auf die Feststellung, dass die EU nicht durch eine religiöse Komponente - das Christentum - definiert werden könne. Aus dieser Sicht kann auch ein Staat mit muslimischer Gesellschaft der EU beitreten, wenn er sich zum europäischen Wertekanon bekennt und seine gesellschaftliche und politische Praxis von diesen Werten bestimmt wird.⁷⁹

Nicht selten wird noch hinzugefügt, dass sich in der Aufnahme eines muslimischen Volkes das Bekenntnis der EU zu den erwähnten Werten, zu denen auch die religiöse Toleranz als Teil der allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte gehöre, besonders deutlich manifestieren würde.

Oft wird darauf verwiesen, dass ein türkischer Beitritt zur EU eine Widerlegung der These Huntingtons vom „Zusammenprall der Kulturen“ und ein wesentliches Element im Dialog der Religionen darstellen würde. Hinzugefügt wird, damit werde auch ein Beispiel für andere muslimische Gesellschaften gegeben. dass sich westliche Demokratie und muslimische Gesellschaft nicht ausschössen „Mit einer politisch und wirtschaftlich integrierten Türkei könne die EU ... ein aufgeklärt islamisches Scharnier mit Ausstrahlung in die islamische Welt erhalten.“⁸⁰

Der türkischen EU-Mitgliedschaft erhält in dieser Sicht eine geradezu global Bedeutung für die friedliche Entwicklung der Welt. So erklärte der Staatsminister im Auswärtigen Amt. Hans Martin Bury. in der Bundestagsdebatte über die Ergebnisse des Europäischen Rates von Kopenhagen.

⁷⁹Heinz Krammer EU-kompatibel oder nicht Vgl. zum Beispiel Natan Sznaider, Abschied vom Abendland, in: FR, 17.12.2002. S.21 und Armin Adam, Der ideelle Kern. in: SZ, 20.12.2002. S.14. http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=155

⁸⁰ So die Abgeordnete Schwall- Düren am 19. Dezember 2002 in der Bundestagsdebatte über den Europäischen Rat von Kopenhagen:: Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 15. Wahlperiode, 16. Sitzung, Berlin, Donnerstag, Den 19. Dezember 2002.S.1194. http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=155

Wenn es gelingt, dass ein islamisch geprägtes Land den Weg der Demokratie, der Meinungsfreiheit, der Achtung und Verteidigung der Menschenrechte, der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, der Trennung von Religion und Staat, der Rechtsstaatlichkeit und der sozialen Marktwirtschaft erfolgreich geht, dann wird das für Europa und weit über Europa.

8.2 Die geographische Grenze zwischen Europa und Türkei

Zahlreiche Kommentatoren sprechen der Türkei die grundsätzliche Betrittsfähigkeit wegen ihrer geographischen Lage ab. Europa wird dabei als geographischer Raum mit eindeutigen, natürlichen Grenzen definiert. Die südöstliche Grenze Europas nach geografischen Richtlinien üblicherweise am Bosphorus, dass die Türkei als 3% dem europäischen zu und 97% asiatischen Kontinenten angehörig angesehen wird.⁸¹

Diesbezüglich müsste also geklärt werden, ob Staaten, die teilweise zum geographischen Raum Europa gehören, in die EU aufgenommen werden können. „Interessanterweise stellte bisher niemand diese Frage bezüglich Zyperns, das geografisch eindeutig östlicher als der größte Teil der Türkei liegt. Bei einer rein geografischen Betrachtung wären auch andere Abgrenzungen des Raumes Europa“.⁸²

Die Frage nach der Grenze zwischen Europa oder Asien und somit die Zugehörigkeit der Türkei zu Europa geografisch zuverlässig nicht zu beantworten. Es gibt keine wirkliche geografische Grenze zwischen Europa und Asien (deshalb sprachen manche Wissenschaftler von Europa als der westliche Halbinsel Asiens) und zudem sind nach unserem Verständnis Inseln, die vom Festland getrennt sind, ein Teil Europas.

⁸¹ Vgl. : Brockhaus Die Enzyklopädie (1999): Bd.22, S.436

⁸² http://www.heide-ruehle.de/heide/artikel/13/doc/argumentationshilfe_eu-tuerkei_2005_website.pdf 20.05.2008

Europa ende dort, wo die Idee der EU als politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Union nicht mehr tragfähig ist.



Quelle: [Dhttp://nibis.ni.schule.de/~vdsg/Seiten/sin/sin_24/medien/karte1.gif](http://nibis.ni.schule.de/~vdsg/Seiten/sin/sin_24/medien/karte1.gif)

Abb:5 grenze zwischen EU-Türkei

8.3 Pro und contra: Argumente für und gegen einen EU-Beitritt der Türkei

In den Diskussionen rund um den EU-Beitritt der Türkei werden häufig folgende Argumente angeführt:

8.3.1 Argumente der Gegner

Sicherheit

Die Türkei ist als Nato-Partner bereits geostrategisch eingebunden. Nach wie vor ist das türkische Militär ein Gegenpol zu religiös-politischem Fanatismus. Eine weiterführende Sicherheitspolitik müsste auch in einer so genannten strategischen Partnerschaft ohne Zweifel denkbar sein.

Durch einen Beitritt der Türkei würde die Europäische Union in die Konflikttherde des Nahen Ostens hineingezogen. Immerhin hat die Türkei eine direkte Grenze mit dem Irak und eine ungelöste Kurden

Problematik. Die EU hätte keine Möglichkeit, diese Konflikte zu koordinieren.⁸³

Menschenrechte

Die Türkei hat bereits Fortschritte im Bereich Menschenrechte erzielt, doch trotzdem reichen diese Reformen noch nicht. Im Alltag werden die Menschenrechte kaum umgesetzt bzw. sind nach wie vor unzureichend. Vor allem die Religionsfreiheit für Nicht-Muslime ist stark eingeschränkt und die Meinungsfreiheit lässt nach wie vor zu Wünschen übrig.

EU-Haushalt

Die Türkei würde mit 80 Millionen Einwohnern fast zu den größten EU-Mitgliedstaaten zählen. Die Türkei weist jedoch nur ein Sechstel der deutschen Wirtschaftskraft auf und würde die Europäische Union finanziellen stark belasten: Nach Prognosen der EU-Kommission müssten jedes Jahr zwischen Milliarden Euro als Förderungen in die Türkei fließen. Da die Türkei bereits jetzt durch die Zollunion in die EU integriert ist, wird ein besonderer Rückfluss in die EU auch nicht erwartet.⁸⁴

Integration

Die Türkei hat 80 sehr viele junge Arbeitskräfte, die in die anderen EU-Mitgliedstaaten auswandern würden. Eine Arbeitsgruppe des ehemaligen finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari schätzte das Zuwanderungspotenzial aus der Türkei langfristig auf 2,7 Millionen Menschen. Befürchtet wird dadurch eine „Islamisierung“ der Europäischen Union. Durch die Größe des Landes würde Türkei auch mehr Stimmen als viele andere EU-Staaten haben, befürchtet wird, dass dadurch sich die politischen Linien der ganzen Union verschieben könnten.⁸⁵

⁸³ <http://diepresse.com/home/politik/eu/359210/index.do> 05.03.2008

⁸⁴ <http://www.tagesschau.de/ausland/meldung75740.html> 05.03.2008

⁸⁵ Ebd.

8.3.2 Argumente der Befürworter

Die wichtigsten Argumente der Befürworter beziehen sich ebenso auf die bereits erwähnten Punkte – nur unter einem anderen Aspekt:

Sicherheit

Europa könnte sich durch die Mitgliedschaft der Türkei zu einem "Global Player" entwickeln. Die politische Rolle der Europäischen Union gegenüber der islamischen Welt würde gestärkt, im Mittleren und Nahen Osten könnte die EU unabhängig von den USA neue Akzente in der Sicherheitspolitik setzen. Allein die Aufnahme der Beitrittsgespräche hat in der Türkei bereits zu zahlreichen Reformen geführt und die Türkei wird dies in den kommenden Jahren fortsetzen. Ansonsten würde sich die Türkei eher an der arabisch-islamischen Welt orientieren.

Menschenrechte

Auch hier wurden bereits Reformen erzielt und es werden ohne Zweifel noch weitere folgen. Ohne Beitrittsgespräche würde das Land keine Anstrengungen vornehmen.

EU-Haushalt

Nimmt man das EU-Bruttosozialprodukt als Basis her, würde EU-Förderung, um die Türkei auf den Stand der anderen EU-Staaten zu bringen, nach Schätzungen zu Folge nicht mehr als 0,1 Prozent bis 0,17 Prozent des EU-Bruttosozialprodukts ausmachen. Portugal wies seiner Zeit – vor dem EU-Beitritt - gleichwertige Wirtschaftskennzahlen auf. Durch den EU-Beitritt der Türkei wäre die Europäische Union gezwungen, ihre viel diskutierte Struktur- und Agrarhilfeleistungen endlich zu reformieren. Studienautor Gerald Knaus hält diese Ansicht „Heute ist die Türkei zugleich offener muslimisch und offener zur EU – eine Demokratie, die auch ohne Ölreichtum wirtschaftlich schnell wächst.“⁸⁶

⁸⁶ <http://diepresse.com/home/politik/eu/359210/index.do> 05.03.2008

Integration

Ein Beitritt der Türkei zur EU erleichtert auch die Integration der in Österreich lebenden türkischstämmigen Migranten.

Die Geburtenrate in der Türkei geht zurück; eine etwaige Zuwanderung könnte mit langen Übergangsfristen – etwa so, wie es nach der Erweiterungsrunde um zehn Mitgliedstaaten im Jahr 2004 festgelegt wurde - sozial verträglich geregelt werden.

Die Angst vor einer etwaigen „Islamisierung“ oder islamischer Überfremdung ist deshalb grundlos. Zudem hätte die Türkei im Ministerrat etwa so viele Stimmen wie Deutschland. Im Alleingang könnte die Türkei nichts bewirken. Zudem würde der EU-Beitritt eines Landes mit überwiegend moslemischer Bevölkerung beweisen, dass die EU keine christliche Union ist.⁸⁷

8.4 Als Modell für andere Länder im Nahen und Mittleren Osten

„Die Türkei ist eine Macht im östlichen Mittelmeer, in der Schwarzmeer-Region und auf dem Balkan. Sie wird zum Energie-Umschlagplatz, von dem aus die Gas- und Ölreichtümer des kaspischen Beckens und des Kaukasus auf den Weltmarkt befördert werden“.⁸⁸

Türkei sei ein regional stabilisierender Faktor und ein Beitritt komme ja ohnehin "nicht für die jetzige, sondern nur für eine gründlich reformierte Türkei" in Frage.

Die Türkei könnte tatsächlich eine stabilisierende Rolle spielen, wenn sie bestimmte innere Reformen erfolgreich bewältige. Als Modell für andere Länder im Nahen und Mittleren Osten taue sie allerdings nur bedingt, da gerade in den arabischen Ländern andere innenpolitische Bedingungen vorherrschten. Ob die Türkei eine Brückenfunktion zwischen Europa und

⁸⁷ <http://www.tagesschau.de/ausland/meldung75740.html> 05.03.2008

⁸⁸ Zitat nach Ecevit Bülent (Parteichef der Demokratische Linke Partei)

dem Nahen Osten einnehmen könne? Zugleich sei aber kaum zu befürchten, dass sie für die Union zusätzliche Sicherheitsprobleme schaffe. Die EU werde allerdings stärker als bisher entscheiden müssen, ob sie zur Übernahme einer aktiven Rolle in der Region bereit ist

9 *DIE FORTSCHRITTE DER TÜRKEI AUF DEM WEG ZUM EU- BEITRITT*

Die Beziehungen der Türkei und EU bzw. ihren Vorgängerorganisationen blicken auf eine fast 50 jährige wechselvolle Geschichte zurück.

1923 Gründung der türkischen Republik und Europa wird zum politischen Modell für die Türkei. Am 08.08.1949 wurde die Türkei in den Europarat aufgenommen. Nach drei Jahre als vollkommen gleichberechtigtes Mitglied wurde die Türkei in das westliche Militärbündnis (NATO) aufgenommen.

1959 ◀ ▶ 1963

Zwei Jahre nach Gründung der EWG im Jahr 1959 die Türkei den Antrag auf assoziierte Mitgliedschaft ein. 1963 die Türkei wird eines der ersten Mitglieder im Europarat. Zwei Jahre nach Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) reicht die Türkei den Antrag auf assoziierte Mitgliedschaft ein.⁸⁹

1963 ◀ ▶ 1970 Assoziierungsabkommen

Abschluss eines Assoziierungsabkommen, dem so genannten „Ankara-Abkommen“, welches am 01.12.1964 in Kraft trat⁹⁰. Ziel der Ankara-Abkommen ist es, durch eine harmonische Ausweitung des Handelsverkehrs die Lebensbedingungen in der Türkei und innerhalb der EWG stetig zu verbessern sowie den Abstand zwischen der türkischen Wirtschaft und der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft zu verringern.

Für die Politiker war die Assoziation an erster Linie als ein integraler Bestandteil Europas zu werden, von größerer Bedeutung.

Anfangs der 70 er Jahre verzeichneten sich innerhalb der EWG zwei wichtiger Entwicklungen; erstens der Aufbau einer Zollunion nach Außen

⁸⁹ Vgl.: http://www.heide-ruehle.de/heide/artikel/13/doc/argumentationshilfe_eu-tuerkei_2005_website.pdf 20.05.2008

⁹⁰ Vgl.: Bozkurt M. (1995): Die Beziehung der Türkei zur Europäischen Union, S.23ff;Zaubauer (2006), S.26ff

und wirtschaftlicher Freizügigkeit und eines gemeinsamen Markts innerhalb der Gemeinschaft, zweitens die Entwicklung einer gemeinsamen Landwirtschaftspolitik. Die Türkei war, was Industriegüter angeht ein Importland, die erhebliche Vorteile aus dem Assoziationsvertrag. Ankara nahm diese Nachteile wegen einer voraussichtlichen Vollmitgliedschaft in Kauf.⁹¹ Die Türkei setzte somit ihre Hoffnungen auf eine Vollmitgliedschaft

Zusatzprotokoll bis 80 er Jahre

05. Juli 1971 im türkischen Parlament wird dem Zusatzprotokoll zugestimmt. Die Bestimmungen dieses Zusatzprotokolls waren sehr umfangreich. Sie umfassten den freien Umlauf von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften.⁹²

Seit 1971 hatten die EWG-Mitglieder ihre Türen für Wirtschaftsgüter aus der Türkei teilweise geöffnet. Erst am 01.01 1973 gewann das Zusatzprotokoll vollständig an Gültigkeit.

Bei den wirtschaftlichen Pflichten der Türkei gegenüber der EG kam es zwischen 1973 und 1980 wegen innenpolitischer und vor allem wirtschaftlicher Probleme zu Verzögerungen.

Die EG hatte die Wirtschaftshilfe verzögert und teilweise auch Bestimmungen des Zusatzprotokolls von 1970 überhaupt nicht erfüllt. Einer der wichtigsten Punkte, welche die EG vernachlässigte, war der Punkt des freien Umlaufs türkischer Arbeitskräfte innerhalb der Mitgliedstaaten der EG.

1975 das gemischte Parlament Komitee von der EWG- Türkei veröffentlichte eine amtliche Bekanntgabe, in der erläutert wird, dass die Probleme zwischen Zypern und der Ägäis nur unter der Teilnahme von

⁹¹ Vgl: Altunisik, Meliha Benli (1997): Avrupa birliğinin Akdeniz Politikası ve Türkiye, in Türkiye Avrupa, Ankara, S. 351-356

⁹² Kaya, Atilla (2000): AB`nin yankıları ve gelişim sürecine dair görüşler, düşünceler. İnÜlkü Ocak Dergisi, Ankara 2000, S.60

Griechenland und der Türkei an den Verhandlungen gelöst werden können.

1980 ◀ ▶ 1987 Einfrieren der Beziehungen zwischen EG und Türkei

1980 Militärputsch in der Türkei, Einfrieren der Beziehungen zwischen EG und Türkei. 1981 erhöhte sich die Anzahl der EG-Mitgliedsstaaten mit dem Beitritt Griechenlands auf zehn. 1982 wurde das Ankara - Abkommen schließlich offiziell ausgesetzt.⁹³

Das Europäische Parlament hat nach der Gründung von Nordzypern T.C. seine Nichtanerkennung von Türkische Republik Nordzypern und dass es die Gesamtheit von Zypern berücksichtigen wird, erläutert.⁹⁴

Die Widerstellung einer zivilen Verwaltung ab 1983 und die Abhaltung freier demokratischer Wahlen vier Jahre darauf führten wieder zu einer graduellen Normalisierung der Beziehung zur EG.

Anfang der 80 er Jahre zeichnete sich der langsame Untergang des Ostblocks ab. Nach dem Abrüstungsabkommen zwischen den USA und der Sowjetunion 1985 verlor das Thema Sicherheit an Bedeutung. Demnach änderte der Schrittweise EU gegenüber Türkei im Gegensatz zu dem Schrittweise, die während des Kalten Krieges gehabt hätte. Die Annäherungen der Gemeinschaft an die Türkei wurden somit teilweise zurückgegangen.

1987 ◀ ▶ 1997 Antrag auf Vollmitgliedschaft Türkei

Unter dem neuen Ministerpräsidenten Turgut Özal beantragte die Türkei am 14.April 1987 die Mitgliedschaft in der EG. Die Verhandlungen zwischen der EWG- Türkei, mit denen auch die neuen Mitglieder der Gemeinschaft anerkannt werden, haben begonnen. Zu der Zeit der Antragsstellung erfüllte die Türkische Republik nach ihrer Meinung die

⁹³ www.eic.org.tr/up/download/kronolojialm.doc 23.04.2008

⁹⁴ Ebd.

Anforderungen der EG für eine Vollmitgliedschaft. Immerhin waren die Beziehungen zur EG fortgeschrittener als die Griechen zum Zeitpunkt ihres Beitritts im Jahre 1981. Auch war man beim Außenwirtschaft weiter als Griechenland oder Portugal zum Zeitpunkt dessen Beitrittes 1986.

Die EG stellte 1987 auch noch keine politischen Erwartungen wie die Lösung des Ägäisproblems, der Zypernfrage oder des Menschenrechtsproblems. Alle Anforderungen waren außer Politik. Brüssel lehnte den Antrag zwei Jahre später, nämlich im Jahr 1989 ab.

1991 wurden Portugal und Spanien in das Wirtschaftssystem der Europäischen Union vollständig integriert. Aber die Türkei wurde nicht, wie Griechenland, die andere drei Kandidaten aufgenommen und gefördert. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks schien die Türkei nicht mehr ein so wichtiger Partnerschaft wie zu Zeiten des Kalten Krieges. Sie war nun ein Nachbarland, ein Wirtschaftspartner und ein Absatzmarkt wie jedes andere Land es auch war.

Nach 1989 drängte der damalige Präsident Özal trotz innerer Widerstände in Richtung einer Zollunion. 1989 und 1992 wurde die Türkei aus dem Projekt EU immer mehr verdrängt. Durch das ständige griechische Veto kam es zum einen bei der Umsetzung der Bestimmungen des Assoziationsvertrages zu Verzögerungen, zum anderen wurde das Paket zur Zusammenarbeit und einer weiteren Annäherung der Türkei zur EU ausgesetzt.

Im Zuge der Entwicklungen auf dem Balkan nach dem Zusammenbruch des Ostblocks suchte die Türkei erneut eine Annäherung an die EU. Europa erkannte ebenfalls die Wichtigkeit der Türkei für seine zukünftigen Interessen. Die EU wollte die Zusammenarbeit ebenfalls vertiefen,

allerdings nicht so weit bringen, dass eine Vollmitgliedschaft zustande kommt - also Mittels einer Zollunion.⁹⁵

Obwohl die Zollunion eigentlich für die Erschließung der Märkte und die Unterstützung der Wirtschaft von Neumitgliedern gedacht war, wurde über einen Beitritt der Türkei in die Zollunion verhandelt. Dies würde aber dazu führen, dass zum Beispiel der Außenhandel der Türkei erheblich von den Mitgliedern der Union bestimmt und dominiert werden würde.

1992 zwischen der Türkei und der EU wurde ein Technisches Zusammenarbeitsprogramm unterschrieben. 1992 nahm man die Verhandlungen für die Zollunion auf.

93 ◀ ▶ 97 Der Europäische Rat von Kopenhagen

Der Europäische Rat von Kopenhagen bestimmt die Beitrittskriterien für die beitrittswilligen Staaten und ruft die Kommission zu einer Entwicklung und Vorbereitung einer langfristigen Strategie auf, die die Wettbewerbskraft und den Einsatz erhöht, außerdem wird der Beitritt von Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen bis 1995 vorgesehen. Es wird betont, dass wenn diese Kopenhagen Kriterien erfüllt, ein Vollmitglied werden kann.⁹⁶

Immerhin übergab die Türkei dadurch Kompetenzen an eine nichtstaatliche bzw. äußere Einrichtung. Die Verhandlungen dauerten bis 1995 an. Die Türkei band sich schließlich einseitig. Gleichzeitig unterzeichnete die Europäische Freihandelsassoziation mit der EU einen Vertrag zu einem gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraum. Am 06.06.1995 wurde das Abkommen zur Zollunion unterzeichnet.⁹⁷

⁹⁵ Eral, Atilla. (1997): Soguk Savas`tan Günümüze-Avrupa Birliği ilişkileri, in Türkiye ve Avrupa, Ankara

⁹⁶ www.eic.org.tr/up/download/kronolojialm.doc 23.04.2008

⁹⁷ Vgl.: Gür, Gürsel: (1998) Das TürkeiBild in der deutsche Presse unter besonderer Berücksichtigung der EU-Türkei-Beziehungen. Eine Inhaltanalyse für den Zeitraum 1987-1995. Frankfurt am Main. 114. ff

1997 ◀ ▶ 1999 Der Gipfel von Luxemburg

Der Gipfel von Luxemburg 1997 belastete das Verhältnis zwischen der Türkei und der EU schwer. In Luxemburg wurde zwar die Entscheidung gefällt, dass die Türkei für einen Beitritt in Frage komme; sie erhielt aber trotzdem keinen offiziellen Beitrittsstatus.

Die EU-Kommission verabschiedet eine „Europäische Strategie für die Türkei“. Darin enthalten sind Vorschläge für eine verstärkte Kooperation zwischen der EU und der Türkei. Die Türkei erklärt sich mit der Initiative einverstanden.

Im Jahre 1998 fand der EU-Gipfel mit 15 Mitglieds- und 11 Kandidatsländern in London statt, die Türkei lehnt die Teilnahme an dieser Konferenz ab. Ein Jahr später (1999) wurden auf dem EU-Gipfel in Köln die Weichen für einen Kandidatenstatus der Türkei gestellt.

1999 ◀ ▶ 2004 Die Türkei offiziell zum EU Beitrittskandidaten

Bereits am 11. Dezember 1999 erhielt die Türkei auf dem EU-Gipfel von Helsinki offiziell den Status eines Beitrittskandidaten. Die Verhandlungen sollen allerdings erst aufgenommen, wenn die Türkei die politischen Kriterien des Europäischen Rates von Kopenhagen vom Juni 1993 erfüllt. Im Zeitraum von 1998 bis 2003 hat die Europäische Kommission im Zuge dieser Heranführungs- Strategie jedes Jahr einen regelmäßigen Bericht über die Türkei veröffentlicht.

Im Dezember 2002 in Kopenhagen und im Juni 2004 in Brüssel kam der Europäische Rat folgendem Schluss: „Der Europäische Rat Kopenhagen hat am 13. Dezember 2002 der Türkei eine konkrete Aussicht für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen geboten: Entscheidet der Europäische Rat im Dezember 2004 auf der Grundlage eines Berichts und einer Empfehlung der EU-Kommission, dass die Türkei das politische Kriterium des Europäischen Rates Kopenhagen von 1993 - Demokratie,

Rechtsstaatlichkeit, Beachtung der Menschen- und Minderheitenrechte - erfüllt, so wird die Europäische Union die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ohne Verzug eröffnen“.⁹⁸

Die vorgesehene weitgehende Rechtsreform der Regierung Tayyip Erdoğan (2003) in der Türkei festigte die Rechtsstaatlichkeit.

Im Jahr 2004 erfolgte die größte Erweiterungsrunde in der Geschichte der Europäischen Union: Zehn Länder, darunter auch Zypern, wurden EU-Mitglied. Nach dieser Erweiterungsrunde folgte der Fortschrittsbericht der EU-Kommission mit Empfehlung von Beitrittsverhandlungen unter strikten Auflagen.

Nach Angabe der EU wurde die Umsetzung der Heranführungsstrategie im Berichtszeitraum 2004 fortgesetzt und die Teilnahme der Türkei an Gemeinschaftsprogrammen auf Grundlage des Rahmenabkommens von 2002, welches der Türkei die Teilnahme an diversen Programmen und Einrichtungen ermöglicht, die den Kandidatenländern offen stehen, intensiviert und erweitert. Das Assoziationsabkommen wird weiterhin angemessen umgesetzt, und das Funktionieren der Zollunion konnte in verschiedener Hinsicht verbessert werden.⁹⁹

2005 ◀ ▶ Kopenhagener Kriterien /Verhandlungskapiteln

Die EU-Außenminister einigten sich im Jahr 2005 auf einen gemeinsamen Rahmentext für die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei: Beitrittsverhandlungen während den nächsten zehn bis fünfzehn Jahre, danach Prüfung, ob

- a) die Türkei die Beitrittsbedingungen erfülle und
- b) die EU die Aufnahme wirtschaftlich und politisch verkrafte.

Es wurde nach "alternativen" Lösungen bei den Themen Arbeitsmarkt, Landwirtschaft und EU-interne Beitrittshürden gesucht. Die offizielle

⁹⁸ <http://www.aufenthaltstitel.de/stichwort/eugipfel131202.html> 14.07.2008

⁹⁹ Offizielle Homepage der EU: [http://europa.eu.int/comm/enlargement/report 2004/pdf/rr tr 2004 de.pdf](http://europa.eu.int/comm/enlargement/report%202004/pdf/rr_tr_2004_de.pdf) S. 4 - 14.12.2007

Eröffnung der ergebnisoffenen Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei wurde noch in der Nacht vom 4. Oktober 2005 aufgenommen.

Seit Oktober 2005 führt die EU mit der Türkei Beitrittsverhandlungen. Grundlage der Gespräche sind die so genannten Kopenhagener Kriterien, die sich im Verhandlungsrahmen mit insgesamt 35 Verhandlungskapiteln widerspiegeln.¹⁰⁰

„Die EU-Außenminister einigten sich am 11. Dezember 2006 schließlich auf eine Linie für das weitere Vorgehen in der Türkei-Krise: acht von 35 (mit der Zollunion in Zusammenhang stehende) Verhandlungskapitel werden ausgesetzt (siehe unten Abb.6 Verhandlungsstand), eröffnete Kapitel werden nicht abgeschlossen. Die Verhandlungen in diesem Teil-Bereich sollen solange nicht eröffnet werden, wie die Türkei sich weigert, ihre Häfen und Flughäfen für das EU-Mitgliedsland Zypern zu öffnen, und damit das Ankara-Protokoll über die Zoll-Union umzusetzen“¹⁰¹

¹⁰⁰ Vgl. Europäische Kommission (2006 b) ,S.68ff

¹⁰¹ http://portal.wko.at/wk/dok_detail_file.wk?AngID=1&DocID=256888&DstID=558 23.06.2008

Verhandlungsstand:

Kapitel	Screening	Verhandlung
1. Freier Warenverkehr	abgeschlossen	suspendiert
2. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	abgeschlossen	-
3. Niederlassungsfreiheit und freier Dienstleistungsverkehr	abgeschlossen	suspendiert
4. Freier Kapitalverkehr	abgeschlossen	-
5. Vergaberecht	abgeschlossen	-
6. Gesellschaftsrecht	abgeschlossen	-
7. Schutz geistiger Eigentumsrechte	abgeschlossen	-
8. Wettbewerbsrecht	abgeschlossen	-
9. Finanzdienstleistungen	abgeschlossen	suspendiert
10. Informationsgesellschaft und Medien	abgeschlossen	-
11. Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	abgeschlossen	suspendiert
12. Lebensmittelsicherheit, Veterinärpolitik und Pflanzenschutz	abgeschlossen	-
13. Fischerei	abgeschlossen	suspendiert
14. Verkehrspolitik	abgeschlossen	suspendiert
15. Energie	abgeschlossen	-
16. Steuerpolitik	abgeschlossen	-
17. Wirtschafts- und Währungspolitik	abgeschlossen	-
18. Statistiken	abgeschlossen	26. Juni 2007 eröffnet
19. Sozialpolitik und Beschäftigung	abgeschlossen	-
20. Unternehmens- und Industriepolitik	abgeschlossen	29. März 2007 eröffnet
21. Transeuropäisches Verkehrsnetz	abgeschlossen	19. Dezember 2007 eröffnet
22. Regionalpolitik	abgeschlossen	-
23. Justiz und Grundrechte	abgeschlossen	-
24. Justiz, Freiheit und Sicherheit	abgeschlossen	-
25. Wissenschaft und Forschung	abgeschlossen	abgeschlossen
26. Bildung und Kultur	abgeschlossen	-
27. Umwelt	abgeschlossen	-
28. Verbraucher- und Gesundheitsschutz	abgeschlossen	19. Dezember 2007 eröffnet
29. Zollunion	abgeschlossen	suspendiert
30. Beziehungen nach Außen	abgeschlossen	suspendiert
31. Außenpolitik, Sicherheits- und Verteidigungspolitik	abgeschlossen	-
32. Finanzkontrolle	abgeschlossen	26. Juni 2007 eröffnet
33. Finanz- und Haushaltsbestimmungen	abgeschlossen	-
34. Institutionen	-	-
35. Andere Fragen	-	-

Abb. 6: Verhandlungsstand

Quelle: http://portal.wko.at/wk/dok_detail_file.wk?AngID=1&DocID=256888&DstID=558.
28.06.2008.

9.1 Gesamtbewertung der EU

Die Kopenhagener Kriterien wurden am Europäischen Rat in Kopenhagen im Juli 1993 in Vorbereitung auf die EU-Ostweiterung beschlossen. Sie gelten als Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der EU und müssen spätestens bei Abschluss der Verhandlungen erfüllt sein.¹⁰²

Dennoch fordert die EU eine Verstärkung der Anstrengungen in der „Null-Toleranz-Politik“¹⁰³ gegenüber der Folter und betont, dass der politische Wandel und die Änderungen im Rechtssystem der Türkei Teil eines längeren Prozesses sind, der noch einige Jahre in Anspruch nehmen wird. Die Kommission spricht sich in ihrem Regelmäßigen Bericht 2004 für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aus.

Die Europäische Kommission kam im Fortschrittsbericht von 2005 zu dem Schluss, dass die Türkei stetig Fortschritte bei der Übernahme und der Anwendung der gemeinschaftlichen Rechtsordnung macht, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau in den verschiedenen Bereichen.

Sieht man von den Kapiteln ab, bei denen die Kommission Engagement einfordert (z.B. Landwirtschaft, und Fischerei), beschränkt sich die Kritik im Wesentlichen auf zwei Punkte: Zunächst auf den Zypernkonflikt, der trotz eindeutiger Fortschritte der Türkei beim freien Warenverkehr, seit 1996 einer uneingeschränkten Zollunion immer noch im Weg steht. Der zweite Kritikpunkt betrifft die Kapazitäten und Stabilität der öffentlichen Verwaltung, die noch zusätzlicher Reformen bedarf, um die Umsetzung des Besitzstandes zu gewährleisten.¹⁰⁴

¹⁰² Vgl. Europäischer Rat (1993) von 21. und 22. Juni, Punkt 7/A iii

¹⁰³ Toran, B. / Nazli, O. (Hrsg.): Türkiye'den dünyaya bir bakış: Türkiye'deki Avrupalı İmgesi ve Ulusal Kimlik Kurgusu Ögeleri. Galatasaray Verlag. Istanbul 1999. In: Basdere, Sebnem: Zum EU-Bild in der türkischen Öffentlichkeit unter Berücksichtigung der Zeitungskolumnen. Wien 2002. S. 7

¹⁰⁴ Vgl. Europäische Kommission (2005), S. 68ff

Die Kommission stellt fest, dass die Türkei auf vielen Gebieten mit Reformpaketen, Verfassungsänderungen und der Verabschiedung neuer Gesetze sowohl auf politischem als auch auf wirtschaftlichen und rechtlichen Gebiet deutlich voran gekommen und sich den europäischen Standards angenähert hat.

10 ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Es gibt nun verschiedene Wege mit der Migrationssituation umzugehen. Bei meisten Türken entwickelt sich durch die Migrationserfahrung zwar ein größeres Identitätsbewusstsein, dieses muss aber nicht notwendigerweise in eine Überbetonung der nationalen und religiösen Zugehörigkeit münden.

Prinzipiell wird auf die türkischen Wurzeln Wert gelegt, weswegen der Schwerpunkt der nationalen Zugehörigkeit bei den meisten nach wie vor auf der Herkunftsnation liegt. Doch besonders diejenigen, die schon in der Türkei eher postnational gedacht haben, dehnen ihre Identifikationsbezüge in Österreich noch stärker auf den türkischen Kulturraum aus. Manche verfolgen damit das Ziel einer größeren Offenheit gegenüber der österreichischen Kultur.

Diese kann aber nur dann verwirklicht werden, wenn die eigene nationale Identität nicht als bedroht und das Leben im Ausland als Chance zur kulturellen Bereicherung empfunden wird. Sind die kulturellen Unterschiede zwischen der Türkei und Österreich zu groß wenn nicht sogar unüberschreitbar, dient die Identifikation mit dem eigenen Kulturraum zur Grenzziehung zwischen dem Eigenen und dem Fremden. Vor allem diejenigen, die in Österreich harte Erfahrungen gemacht haben, versuchen durch den Rückzug auf Vertrautes und eine Idealisierung der Heimat die verlorene Sicherheit und Stabilität wieder aufzubauen.

Die überwiegende türkische Mehrheit plädiert für einen Beitritt der Türkei zur EU und glaubt, dass irgendein EU-Gipfel positiv über Aufnahme von Beitrittverhandlungen entscheiden wird.

Es wird jedoch erwartet, dass diese sich über einen längeren Zeitraum von mindestens zehn bis zwanzig Jahren erstrecken, bevor es zu einer

Vollmitgliedschaft kommt. Die meisten halten die Türkei zwar noch nicht für EU-Reif, sehen aber ebenso die Vorteile, die ein Beitritt sowohl der Türkei als der EU bringen kann.

Europa wird in 50 Jahren ganz anders aussehen als heute. Wir werden ein anderes Verständnis davon haben, wer Europäer ist.

11 LITERATURVERZEICHNIS

Altunisik, Meliha Benli (1997): Avrupa birliginin Akdeniz Politikasi ve Türkiye, in Türkiye Avrupa, Ankara.

Bauböck, Rainer. : (2001) Integration von Einwanderern — Reflexionen zum Begriff und seinen Anwendungsmöglichkeiten. In: Waidrauch, Harald:(2001):Die Integration von Einwanderern. Ein Index der rechtlichen Diskriminierung. Frankfurt / New York: Campus. 2001a

Bauböck, Rainer (2001b) Vorwort; erster Abschnitt: Integration von Einwanderern — Reflexionen zum Begriff und seinen Anwendungsmöglichkeiten. In: Waidrauch, Harald (2001): Die Integration von Einwanderern. Ein Index der rechtlichen Diskriminierung. Frankfurt / New York: Campus.

Bauböck Rainer (1994): Transnational Citizenship. Membership and rights in International Migration. Aldershot / Brookfield : Edward Elgar Publishing Company.

Bauböck, Rainer (1998): Minderheiten im Übergang. 20 Thesen zur Assimilation von Einwanderern. In: Müller, Eva (Hrgs):Entweder oder-Vom Umgang mit Mehrfachidentitäten und kultureller Vielfalt. Kultur Kontakt Austria, Drava: Wien.

Belafli, Matthias (2000) :Eine große Koalition gegen die Türkei, in: CAP Aktuell, Berteismann Forschungsgruppe Politik, Nr. 2.

Bozkurt M. (1995): Die Beziehung der Türkei zur Europäischen Union, S.23ff;Zaunbauer (2006)

Brockhaus Die Enzyklopädie (1999): Bd.22.

Cinar, Dilek (1994): From Aliens to Citizens Comparative Analysis of Rules of Transition. Wien: Institut für Höhere Studien.Wien

Can, H. (2002): Das Assoziationsverhältnis zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Türkei, Lang; Frankfurt am Main, Wien, Wien.

Erdogan, R. (2005): Ein Halbmond für Europa“ in: Das Magazin (49/2005).

Eral, Atilla (1997): Soguk Savastan Günümüze Türkiye- Avrupabirligi iliskileri, in Türkiye ve Avrupa Ankara.

Gür, Gürsel: (1998) Das TürkeiBild in der deutsche Presse unter besonderer Berücksichtigung der EU-Türkei-Beziehungen. Eine Inhaltanalyse für den Zeitraum 1987-1995. Frankfurt am Main.

Han, Petrus (2000) : Soziologie der Migration. Lucius & Lucius: Stuttgart.

Faist, Thomas (1997): Migration und der Transfer sozialen Kapitals oder: Warum gibt es relativ wenige internationale Migranten? In: Pries, Ludger (Hrsg.). Transnationale Migration. Soziale Welt, Sonderband. 12, Nomos: Baden-Baden

Greshoff, R./ Schimank, U.: Hartmut Esser. In: Kaesler, Dirk (Hrsg.): Aktuelle Theorien der Soziologie. 2005, München

Kaya, Atilla (2000): AB nin yankilari ve gelism sürecine dair görümler, düşünceler. InÜlkü Ocagi Dergisi, Ankara .

Kocaduru, Yüksel (1990): Die Türken- Studien zu ihrem Bild und seiner Geschichte in Österreich: Birlik Ofset: Klagenfurt.

Kramer H. (1988): Die Europäische Gemeinschaft und die Türkei-Entwicklung, Probleme und Perspektiven einer schwierigen Partnerschaft“, Nomos Verlag; Baden-Baden.

Muradoglu, Dilman (1998):Rassismus aus der Sicht der Einwanderer-eine Befragung unter den in Wien lebenden EinwanderInnen aus der Türkei über ihre Auseinandersetzung mit Rassismus Uneröffentliche Diplomarbeit; Universität Wien.

Nuscheler, Franz (2000): Globalisierung und ihre Folgen: Gerät die Welt in Bewegung? In:Butterwegge, Christoph & Hentges, Gudrun (Hrsg.).Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung- Migration-, und Minderheitenpolitik. Leske + Budrich: Opladen.

Peter Havlik (2005): The New EU Member States and Austria: Economic Developments in the First Year of Accession, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hg.); Wien.

Spencer, Sarah: (2000): The Challenge of Integration in Europe. In Papademetriou, Demetrios G, (Hg.) Europe and its Migrants in the 21st century. A new Deal or a continuing Dialogue with the Deaf? MPI.

Toran, B / Nazli, Okten (1999): Türkiye'den dünyaya bir bakis: Türkiye'deki Avrupalı İmgesi ve Ulusal Kimlik Kurgusu Ogeleri. Galatasaray Verlag; Istanbul.

Toran, B, / Nazli, Okten (Hrsg.): Türkiye'den dünyaya bir bakis: Türkiye'deki Avrupalı İmgesi ve Ulusal Kimlik Kurgusu Ogeleri. Galatasaray Verlag. Istanbul 1999. In: Basdere, Sebnem: Zum EU-Bild in der türkischen Öffentlichkeit unter Berücksichtigung der Zeitungskolumnen. Wien.

Treibel, Annette (1990) Migration in modernen Gesellschaften — Soziale Folgen von Ein Wanderung, Gastarbeit und Flucht. Juventa: Weinheim-München,

Waldrauch Harald (2001): Die Integration von Einwandern. Ein Index der rechtlichen Diskriminierung. Frankfurt7 Newyork: Campus. S.431-538.

Waldrauch und Cinar (2003): normative und Rechtliche Rahmenbedingungen: Staatsbürgerschaftspolitik und Einbürgerungspraxis in Österreich. In: Fassman, Heinz und Irene Stachen (hg.) Österreichischer Migration und Integrationsbericht, Klagenfurt: Drava Verlag.

Zaunbauer, W (2006) Die Beziehung EU — Türkei: Der Weg zu einer versuchten Zwangsheirat, Beitrag für eine im November 2006 noch unveröffentlichte Publikation des OIES; mimeo.

11.1 ANSPRACHE / KOMMISSIONSBERICHTE / STATISTIKEN

Amtsblatt der Europäischen Union

<http://eurlex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:131:SO M:de:HTML> 25.08.2008.

Amtsblatt der Europäischen Union

http://ec.europa.eu/justice_home/doc_centre/immigration/doc_immigration_intro_de.htm 20.07.2008.

Amtsblatt Nr. P217 vom 29.12.1964; Brüssel

<http://eurlex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:31972R2760:DE:HTML>

http://www.bundestag.de/wissen/analysen/2006/EWR_Plus.pdf

Amtsblatt Nr. L 293 vom 29.12.1972; Brüssel

Europäische Kommission (2005): S.68ff.

http://ec.europa.eu/deutschland/newsroom/events/index_5723_de.htm

Europäische Kommission (2006a): Empfehlung der Europäischen Kommission zu den Fortschritten der Türkei

Europäische Kommission: Spezial Eurobarometer: Attitudes towards European Union Enlargement“, 69ff.

Europäischer Rat (1993): von21. und 22 Juni, Punkt 7/A iii

<http://www.ceeol.com/aspx/issuedetails.aspx?issueid=5729481d-7af5-4f03-a1a0-9122eab289fe&articleId=5c8e77e2-faf8-44e5-8154-adeaab752869>

IMAS International Report (Sep.2004): Die Formel des Zuwandererproblems. <http://www.imas.at/IMAS-Report/2004>

Josef Cap : in ORF Pressestunde (26.9.2004) :EU und die Türkei.
<http://www.wienweb.at/content.aspx?menu=4&cid=73531>

Dr. Heinz Fischer (2005) : Ansprache von Bundespräsident anlässlich des Neujahrsempfangs für das Diplomatische Corps.

Statistik Austria (2004) : Beschäftigung von Ausländischen Arbeitskräften.

11.2 INTERNETQUELLEN

URL:Treibel.1999:39fhttp://de.wikipedia.org/wiki/Migrationsforschung#Kennziffern_der_Migrationsthe 10.06.2007

URL:<http://www.wien.gv.at/ma50st/notfalls.htm>; 01.03.04

URL:N. N.: Statistik Austria. Bevölkerungsbilanzen.
https://www.statistik.at/statistische_uebersichten/deutsch/pdf/kl4t_2cdf - 03.08.2006

URL: <http://www.wienweb.at/content.aspx?menu=4&cid=90004>, 29.12.2007

URL:IMAS International Report. Die Formel des Zuwandererproblems. Sept. 2004

URL:N. N.: Statistik Austria. Bevölkerungsbilanzen.
http://www.statistik.at/statistische_uebersichten/deutsch/pdf/kl4t_2cdf - 03.08.2006

URL:http://www.heideruehle.de/heide/artikel/13/doc/argumentationshilfe_eu-tuerkei_2005_website.pdf 20.05.2008

URL: N.N.: Statistik Austria. Bevölkerungsbilanzen.
http://www.statistik.at/statistische_uebersichten/deutsch/pdf/kl4t_2cdf - 05.08.2006

URL:<http://www.hannes-swoboda.at>
Österreichischer Rundfunk: Pressestunde „EU und die Türkei“ mit Josef Cap, 26.9.2004

URL: Aus Sicht des SPÖ-Vorsitzenden Gusenbauer
URL:http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20050930_OT50223&ch=politik, 30.09.2005.

URL: <http://www.harald-etl.at/artikel.aspx?id=534&bid=15> 20.09.07

URL: ÖVP Website <http://www.oevp.at/inhalte/index.aspx?pageid=4363>, 8.1.2007

URL: Website der FPÖ - <http://www.fpoe.at/index.php?id=7304>, 22.2.2006.

URL: Andreas Mölzer - <http://www.andreas-moelzer.at/index.php?id=109>
und <http://www.andreas-moelzer.at/index.php?id=213>, 20.12.2006

URL: Lunacek, Ulrike; Neuwirth, Martina: Türkei: EU-Beitrittsverhandlungen, in: Website der Grünen - http://www.gruene.at/europaeische_union/tuerkei/, 16.12.2006

URL: Website der Grünen - http://www.gruene.at/europaeische_union/artikel/lesen/10723/, 8.11.2006

URL: Grundgesamtheit: 505 befragte Österreicher und Österreicherinnen; 10% machten keine Angabe bei dieser Frage; <http://cms.euro-info.net/index.php?cat=3036&parentcat=5>, 07.05.2006

URL: Aksoy Cengiz: vom 15. September 2008 bis einschließlich 15. Oktober 2008 eine nicht repräsentative Onlineumfrage durchgeführt, um eine erste Meinung der türkischstämmigen Zuwanderer
http://www.kwiksurveys.com/onlineSurvey.php?surveyID=BOHN_c25b2ccd

URL: <http://www.zamanavusturya.at/details.php?title=Die+Wahlen+2008+aus+Sicht+der+Migranten&haberid=1052>, 10.10.2008

URL: Abgeordnete Schwall- Düren am 19. Dezember 2002 in der Bundestagsdebatte über den Europäischen Rat von Kopenhagen: Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 15. Wahlperiode, 16. Sitzung, Berlin, Donnerstag, Den 19. Dezember 2002, S. 1194.
http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=155

URL: Heinz Krammer EU-kompatibel oder nicht Vgl. zum Beispiel Natan Sznaider, Abschied vom Abendland, in: FR, 17.12.2002. S.21 und Armin Adam, Der ideelle Kern. in: SZ, 20.12.2002. S.14. http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=155

URL: <http://www.wien.gv.at/ma50st/notfalls.htm>; 01.03.04

URL: <http://diepresse.com/home/politik/eu/359210/index.do> 05.03.2008

URL : www.sj-wien.at/hernals/texte/MigrationAsyletc.doc 12.08.2008

URL: Offizielle Homepage der EU:
http://europa.eu.int/comm/enlargement/report_2004/pdf/rr_tr_2004_de.pdf S. 4 - 14.12.2004

URL: http://nibis.ni.schule.de/~vdsg/Seiten/sin/sin_24/medien/karte1.gif

URL: <http://www.lebensberater.at/berat.html> 21.08.2007

URL : Transnationalismus: www-public.rz.uni-duesseldorf.de/~yilmaze/Transnationalismus 15.9.2008

URL: Die Haltung der ÖsterreicherInnen zu einem EU-Beitritt der Türkei nach Altersstufen. in: Forum Politische Bildung (Hg.), Wie viel Europa? Österreich, Europäische Union, Europa, (= Informationen zur Politischen Bildung Band 24), Innsbruck/Wien/München/Bozen 2005, S. 5
Quelle: http://www.demokratiezentrum.org/media/data/einstellungen_eu_beitritte_tuerkei.pdf 23.07.2007

URL: http://portal.wko.at/wk/dok_detail_file.wk?AngID=1&DocID=256888&DstID=558 , 28.06.2008.

URL: http://portal.wko.at/wk/dok_detail_file.wk?AngID=1&DocID=256888&DstID=558 23.06.2008

URL: http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=LCD38U 25.07.2008

URL: http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/8_Migration/zuwanderungnachoesterreich.pdf

URL: Internationale Migration http://books.google.at/books?id=VdJiKq-D-zoC&pg=PA102&lpg=PA102&dq=Push+and+Pull+Modell&source=web&ots=LgrXM902q&sig=Ech9PHXO9eLfZ4In_676umcjD5k&hl=de&sa=X&oi=book_result&resnum=5&ct=result#PPA86,M1 10.10.2008

URL: SORA Institute for Social Research and Analysis 03079
<http://www.gleiche-chancen.at/down/03079Zuwanderer.pdf> 25.07.2008

URL:Aufenthaltserlaubnis <http://www.salzburg.gv.at/themen/se/bezirke/bh-tamsweg/fremdenrecht-bhta/fremdenrecht-aufenthaltstitel-bhta.htm>
23.10.07

URL: http://www.gruene.at/europaeische_union/tuerkei 10.10.2008

URL: <http://www.zebra.or.at/lexikon/a.html#AuslbG> 12.03.2007

URL: <http://diepresse.com/home/politik/eu/359210/index.do> 05.03.2008

URL : www.sj-wien.at/hernals/texte/MigrationAsyletc.doc 12.08.2008

URL: <http://diepresse.com/home/panorama/welt/413279/index.do>
10.07.2008

URL: <http://www.aufenthaltstitel.de/stichwort/eugipfel131202.html>
14.07.2008

URL: <http://www.zebra.or.at/lexikon/a.html> 12.03.2007

URL: <http://www.zebra.or.at/lexikon/d.html#diskriminierung> 23.11.2007

URL: <http://www.gleiche-chancen.at/down/03079Zuwanderer.pdf>
25.07.2008.

12 ANHANG

12.1 ONLINE MEINUNGSUMFRAGEBOGEN

Beitritt der Türkei zur EU aus der Sicht der MigrantInnen

Vielen Dank für Ihre Bereitschaft an dieser Befragung teilzunehmen.

Ich schreibe meine Diplomarbeit zum Thema **"Beitritt der Türkei zur EU aus der Sicht der MigrantInnen"**. Ich möchte Sie gerne über Ihre Sicht zum EU –Beitritt der Türkei befragen. Ich würde Sie bitten, die Fragen vollständig und so genau wie möglich zu beantworten. Ihre Angaben werden ausschließlich für meine Diplomarbeit verwendet und natürlich absolut anonym behandelt. Die Bearbeitung der 21 Fragen dauert ca. 7 Minuten.

Cengiz Aksoy

Politikwissenschaft/Uni Wien

Für Fragen oder Anregungen bin ich unter.....erreichbar.

Könnten Sie bitte kurz ihren Lebenslauf schildern?

1*) Geschlecht	
2*) Herkunftsland/Geburtsort	
3*) Geburtsjahr	
4*) Zuzug nach Österreich (Jahr)	
5*) Höchster Schulabschluss	
6*) Derzeitige Tätigkeit	

Question 2

Wie würden Sie ihre Identität beschreiben?

- ☐ Türke
- ☐ Österreicher
- ☐ Europäer
- ☐ Moslem
- ☐ Kurde
- ☐ Laz
- ☐ Sonstiges

Question 3

Könnten Sie bitte Ihre politische Weltanschauung beschreiben?

- ☐ konservativ
- ☐ nationalist
- ☐ liberal
- ☐ sozialdemokrat
- ☐ kommunist
- ☐ Sonstiges

Question 4

Wie weit verfolgen Sie die türkische/österreichische/europäische Politik mit?

	sehr intensiv nie		intensiv	oft	selten
türkische Politik	☐	☐	☐	☐	☐
österreichische Politik	☐	☐	☐	☐	☐
europäische Politik	☐	☐	☐	☐	☐

Question 5

**Woher beziehen Sie Ihre Informationen hauptsächlich?
(1=am häufigsten)**

Option	1	2	3
türkischsprachige Medien: TV, Radio, Zeitungen, Bücher, Zeitschriften, Internet	☐	☐	☐
deutschsprachige Medien: TV, Radio, Zeitungen, Bücher, Zeitschriften, Internet	☐	☐	☐
englischsprachige Medien: TV, Radio, Zeitungen, Bücher, Zeitschriften, Internet	☐	☐	☐

Question 7

Kann die Türkei zu Europa gehören?

- ☐ ja
- ☐ nein
- ☐ keine Angabe

Question 8

Wie ist die Haltung der österreichischen Parteien zum EU – Beitritt der Türkei?

dagegen	stark dafür eher dagegen	eher dafür stark dagegen	weder dafür noch stark dagegen
SPÖ	☐	☐	☐
ÖVP	☐	☐	☐
FPÖ	☐	☐	☐
GRÜNE	☐	☐	☐
BZÖ	☐	☐	☐
LIF	☐	☐	☐

Question 9

Welche Argumente haben die Gegner des Beitritts der Türkei?

(Mehrfachnennungen möglich)

	trifft gar nicht zu	trifft wenig zu	keine Angabe	trifft einiger maßen zu	trifft voll zu
Hohe Bevölkerungszahl	☐	☐	☐	☐	☐
Hohe Anpassungskosten/Budgelbelastung	☐	☐	☐	☐	☐
Fundamentalistische Strömungen	☐	☐	☐	☐	☐
Identitätskrise der EU	☐	☐	☐	☐	☐
Sicherheitsrisiko	☐	☐	☐	☐	☐
Auswanderungsansturm	☐	☐	☐	☐	☐

Question 10

Spielt die Religion eine Rolle, sollte die Türkei der EU beitreten?

- ☐ nicht so wichtig
- ☐ etwas wichtig
- ☐ wichtig
- ☐ sehr wichtig
- ☐ äußerst wichtig

Question 11

Stehen in der Diskussion um den EU-Beitritt der Türkei in Europa kulturelle und demokratiepolitische Aspekte oft im Vordergrund, während die ökonomischen Schwierigkeiten wenig Beachtung finden?

- ☐ trifft gar nicht zu
- ☐ trifft wenig zu
- ☐ keine Angabe
- ☐ trifft einigermaßen zu
- ☐ trifft voll zu

Question 12

Sind Sie der Meinung, dass die Türkei - verglichen mit anderen Beitrittskandidaten - von den politischen und ökonomischen Aspekten her benachteiligt ist?

- ☐ stimme überhaupt nicht zu
- ☐ stimme eher nicht zu
- ☐ keine Angabe
- ☐ stimme zu
- ☐ stimme voll zu

Question 13

Ist die Türkei heute schon beitriffsreif?

- ☐ trifft gar nicht zu
- ☐ trifft wenig zu
- ☐ keine Angabe
- ☐ trifft einigermaßen zu
- ☐ trifft voll zu

Question 14

Kann die Europäische Union die EU-Mitgliedschaft der Türkei verkraften?

- ☐ trifft gar nicht zu
- ☐ trifft wenig zu
- ☐ keine Angabe
- ☐ trifft einigermaßen zu
- ☐ trifft voll zu

Question 15

Warum wäre Ihrer Meinung nach ein EU-Beitritt der Türkei wichtig? (Mehrfachnennungen möglich)

	nicht so wichtig	etwas wichtig	wichtig	sehr wichtig	äußerst wichtig
wirtschaftliche Gründe	☐	☐	☐	☐	☐
soziale Aspekte	☐	☐	☐	☐	☐
strategische Gründe	☐	☐	☐	☐	☐
kulturelle Gründe	☐	☐	☐	☐	☐

Question 16

Könnte die Türkei ein Vorbild für ein demokratisches Modell im Nahen Osten sein?

- ☐ trifft gar nicht zu
- ☐ trifft wenig zu
- ☐ keine Angabe
- ☐ trifft einigermaßen zu
- ☐ trifft voll zu

Question 17

Können Sie sich vorstellen, dass die Türkei eines Tages Mitglied der EU wird?



Ja



Nein



keine Angabe

Question 18

Falls ja, wann glauben Sie, wäre eine Vollmitgliedschaft der Türkei möglich?



in weniger als 10 Jahren



in 10-20 Jahren



in 20-30 Jahren



in mehr als 30 Jahren

Question 19

Denken Sie, dass eine Vollmitgliedschaft der Türkei etwaige Vorteile/Änderungen/Erleichterungen für türkische MigrantInnen mit sich bringen würde?

	trifft gar nicht zu	trifft wenig zu	keine Änderung	trifft einigermaßen zu	trifft voll zu
weniger Bürokratie	☐	☐	☐	☐	☐
Änderung der Sozialstatut	☐	☐	☐	☐	☐
finanzielle Vorteile	☐	☐	☐	☐	☐
mehr Beschäftigungsmöglichkeiten	☐	☐	☐	☐	☐
Vorteile im Bildungs- /Schulbereich	☐	☐	☐	☐	☐
Erleichterung der Familienzusammenführung	☐	☐	☐	☐	☐

Question 20

Haben sich Ihre Erwartungen bezüglich Ihres Lebens in Österreich erfüllt?

- ☐ Ja, vollständig erfüllt
- ☐ teilweise erfüllt
- ☐ Nein, gar nicht erfüllt

Question 21

Sind Sie persönlich für oder gegen einen EU-Beitritt der Türkei?



Befürworter



Gegner



keine Angabe

Quelle: URL: **Aksoy Cengiz:** vom 15. September 2008 bis einschließlich 15. Oktober 2008 eine nicht repräsentative Onlineumfrage durchgeführt, um eine erste Meinung der türkischstämmigen Zuwanderer

http://www.kwiksurveys.com/onesurvey.php?surveyID=BOHN_c25b2ccd

12.2 ANHANG 2 – Integrationspolitik im Europavergleich

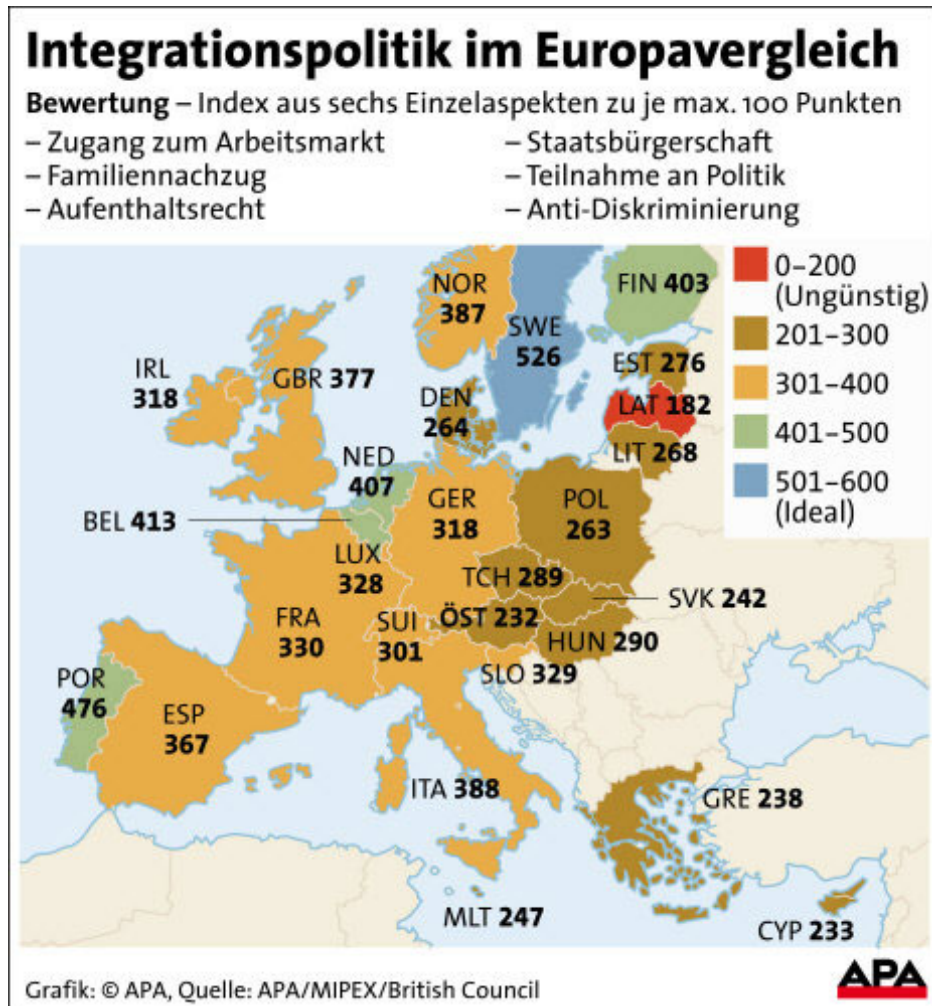
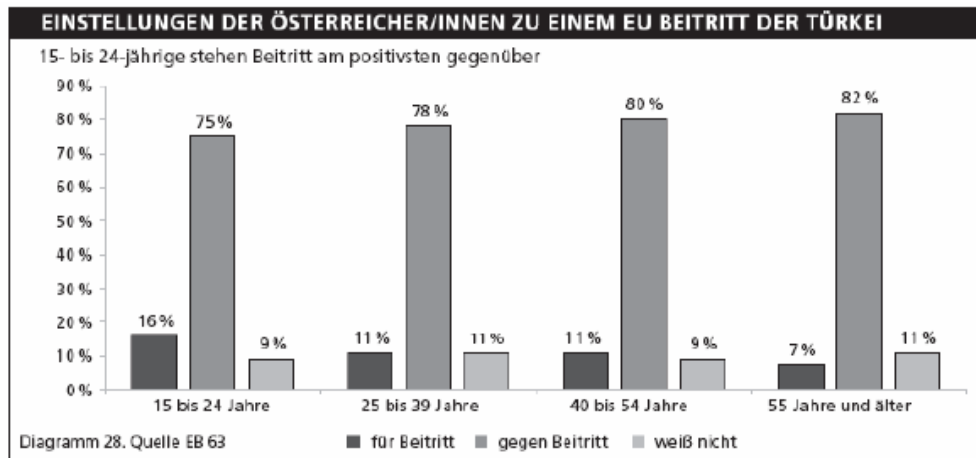


Abb.7: Integrationspolitik im Europavergleich
<http://derstandard.at/?url=/?id=3074495> 18.06.2008



Trotz eines geringen Anstiegs ist die Zustimmung zu weiteren Erweiterungsschritten der Europäischen Union gering. Im Frühjahr 2005 waren 31 % der ÖsterreicherInnen für künftige Erweiterungsschritte. Im Herbst 2004 waren es nur 28 %. Hingegen befürworteten im Frühjahr 2005 79 % der Sloweninnen, 45 % der EU-15 (Mitgliedsländer bis zum 30. April 2004) und 72 % der 10 Mitgliedsländer der letzten Erweiterungsrunde vom 1. Mai 2004 künftige Erweiterungsschritte der EU.
Quelle: http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/ab/ab63/ab63_nat_at.pdf © European Community, 2005

Abb.:8 Die Haltung der ÖsterreicherInnen zu einem EU-Beitritt der Türkei nach Altersstufen.

in: Forum Politische Bildung (Hg.), Wie viel Europa? Österreich, Europäische Union, Europa, (= Informationen zur Politischen Bildung Band 24), Innsbruck/Wien/München/Bozen 2005, S. 5
Quelle: http://www.demokratiezentrum.org/media/data/einstellungen_eu_beitritte_tuerkei.pdf
23.07.2007



Abb.9: Zuwanderer nach Österreich

Quellen: <http://diepresse.com/home/panorama/welt/413279/index.do>

13 ABSTRACT

Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wurden im Oktober 2005 aufgenommen – zwei Monate vor der EU-Präsidentschaft Österreichs. Innenpolitisch gesehen, waren die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ein hochbrisantes Thema: Auf Österreichs Drängen hin, wurde zum Beispiel die „Aufnahmefähigkeit der Union“- welches in den Kopenhagener Kriterien enthalten ist - als Verhandlungsmandat zu den Beitrittsverhandlungen ausdrücklich festgeschrieben. Nach wie vor zählt Österreich zu den Gegnern eines möglichen EU-Beitritts der Türkei.

In dieser Arbeit wird Österreichs Haltung – d. h. der österreichischen politischen Parteien, der BürgerInnen sowie der türkischen Zuwanderer – zu Beitrittsverhandlungen bzw. zu einem EU-Beitritt der Türkei analysiert. Dabei wird insbesondere auch Integration der Zuwanderer, das Bild der türkischen Migranten in Österreich, die Zugehörigkeit Türkei zu Europa diskutiert. Die Darstellung der empirischen Ergebnisse stützt sich vorrangig auf zahlreiche theoretische Ansätze innerhalb der Migrationssoziologie.

Ausgehend von Annette Treibel's Begriffserklärung wird in der Diplomarbeit Migration als „ auf Dauer angelegte bzw. dauerhaft werdende Wechsel in eine andere Gesellschaft bzw. in eine andere Region von einzelnen oder mehreren Menschen“ beschrieben. Auf Basis dieser Definition werden verschiedene Dimensionen der Migration beleuchtet, so wird die Migrationsgeschichte seit 1964 - mit dem Vertrag zur Rekrutierung türkischer Arbeitskräfte – skizziert.

In einem separaten Kapitel widmet sich die Arbeit den offiziellen Parteilinien, welche erst nach Erteilung des Kandidatenstatus 1999 erst klar erkennbar wurden. Aufgezeigt werden – neben der offiziellen Parteimeinung und den Trends der letzten Jahre – auch einzelne

Befürworter, welche die Parteilinie nicht vertreten. Als Quelle dienten hier vor allem Pressemeldungen sowie individuelle Statements von Politikern.

In der Arbeit wird der EU-Beitritt der Türkei von verschiedenen Standpunkten betrachtet und analysiert.

LEBENS LAUF

Cengiz AKSOY

Geboren am 12.08.1972 in Kirsehir / Türkei

Türkischer Staatsbürger

Ausbildung

2004	Aufbaulehrgang für Jugendarbeit Institut für Freizeitpädagogik / Wien Titel der Abschlussarbeit: „Integration jünger MigrantInnen“
1996	Inskription an der Universität Wien.
1996	Studium der Betriebswirtschaft an der Universität
1994 – 1995	Vorstudienlehrgang Erg. Prfg. Deutsch an der Uni Wien
1991-1994	Fachhochschule für Maschinenbau / Universität Dokuz Eylül in Izmir/ Türkei Titel der Abschlussarbeit „Konstruktion d. Lastaufzug“
Juli-Okt.1993	Praktikum in Magistrat der Stadt Kirsehir /Türkei
Juli-Okt.1992	Praktikum bei der Firma ORALSAN Maschine, in Kirsehir /Türkei
1991	Reifeprüfung in Ankara / Türkei
1987-1990	HTL (Maschinenbau) in Kirsehir / Türkei
1984-1987	Mittelschule in Kirsehir / Türkei
1979-1984	Grundschule in Kirsehir / Türkei